

Der Gesellschaftler

Nationalsozialistische Tageszeitung

Alleiniges Amtsblatt für sämtliche Behörden in Stadt und Kreis Nagold

Regelmäßige Beilagen: Pflug und Scholle - Der deutsche Arbeiter - Die deutsche Frau - Brunnensprüche



Bilder vom Tage - Die deutsche Mode - Dittmarabend - Schwabenland-Heimatland - Sport vom Sonntag

Telegramm-Adresse: „Gesellschaftler“ Nagold // Sept. 1937

Fernsprecher: 634 429 / Marktstraße 16 / Schloßplatz 55

Postfach: Stuttgart Nr. 10986 / Geschäftsstelle: Kreisverwaltungsamt Nagold 882 / Bei gerichtlicher Beitreibung, Konkursen usw. gelten die Druckpreise

Abzugspreise: Die 1. Aufl. ...

Begleitende Führerworte an die ganze Welt

Die Deffentlichkeit im Banne der Führerrede vor dem Deutschen Reichstag / Die große Abrechnung mit den Feinden des wahren Friedens / Deutschlands positive Vorschläge zur Lösung der europäischen Frage / Unsere Friedensversprechungen sind für uns heiliger Ernst

Berlin, 22. Mai 1935

Gestern Abend um 8 Uhr trat der Deutsche Reichstag zu der mit größter Spannung erwarteten Sitzung zusammen, um aus dem Mund des Führers eine Regierungserklärung entgegenzunehmen.

Der Führer und Reichkanzler Adolf Hitler führte dabei aus:

Abgeordnete! Männer des Deutschen Reichstags!

Der Reichstagspräsident, Hr. Brüning, hat auf Wunsch der Reichsregierung den Reichstag zu einer Sitzung einberufen, um ihm als Vertretung der deutschen Nation eine Aufklärung geben zu können, die ich für nötig erachte zum Verständnis der Haltung und Entschlüsse der deutschen Regierung zu den uns allen bewegenden großen Fragen der Zeit. In dieser Absicht spreche ich zu Ihnen und damit dem ganzen deutschen Volk, ich spreche darüber hinaus aber auch zu all denen in der übrigen Welt, die sich, sei es aus Pflicht oder Interesse ebenfalls bemühen, einen Einblick zu gewinnen in unsere Gedanken gegenüber diesen auch für bewegenden Fragen.

Ich halte es für glücklich, eine solche Aufklärung an dieser Stelle zu geben, weil dadurch am ehesten der Gefahr vorgebeugt wird, die in der erfahrungsgemäß meist verschiedenen Interpretierung von Gebräuchen liegt, die zu weit oder in kleinerem Kreise stattfinden und dann natürlich mißverständnisse der Öffentlichkeit bekanntgegeben werden. Ich halte diese Art der Abgabe einer solchen Erklärung aber deshalb für besonders nützlich, weil sie mir nicht nur das Recht gibt, sondern geradezu die Pflicht auferlegt, vollkommen offen zu sein und über die verschiedenen Probleme mit allem Freimuth zu reden. Die deutsche Nation hat ein Recht, dies von mir zu fordern und ich bin entschlossen, dem zu gehorchen.

Wahre Demokratie

Ich höre häufig aus angeltändischen Ländern das Bedauern ausgesprochen, daß Deutschland sich gerade von jenen Grundtendenzen demokratischer Staatsauffassung entfernt hätte, die diesen Ländern besonders heilig seien. Dieser Meinung liegt ein schwerer Irrtum zugrunde. Auch Deutschland hat eine demokratische Verfassung. Die heutige deutsche Regierung des nationalsozialistischen Staates ist ebenfalls vom Volk gerufen und fühlt sich ebenso dafür verantwortlich. Es spielt keine Rolle, wie groß die Stimmzahl in den einzelnen Ländern ist, die auf einen Vertreter entfallen muß. Es gibt Länder, die 20 000 Stimmen für einen Abgeordneten als erforderlich ansehen, in anderen wieder genügen schon 10 000 oder 5000, und wieder in anderen sind es 60 000 oder mehr.

Das deutsche Volk hat mit 38 Millionen Stimmen einen einzigen Abgeordneten als seinen Vertreter gewählt. (Beifall.) Dies ist vielleicht einer der wesentlichsten Unterschiede gegenüber den Verhältnissen in den anderen Ländern. Es bedeutet aber, daß ich mich genau so dem deutschen Volk gegenüber verantwortlich fühle wie irgendein Parlament. Ich handle dank seinem Vertrauen und in seinem Auftrag. Das deutsche Volk hat daher ein Recht, von einer Erklärung wie der heutigen zu erwarten, daß sie ungekünstelt und offen die Fragen erörtert, die

Das Erbe von Versailles

Als der vereinigete Herr Reichspräsident mich am 30. Januar vor 2 Jahren zur Bildung der neuen Regierung und zur Führung der Reichsgeschäfte berief, poeierten Millionen unseres Volkes und unter ihnen auch manche Patrioten an dem Gelingen der mir gestellten Aufgabe, Schadenfreude und Sorge erfüllten nebeneinander das damals noch so zerrissene deutsche Volk. Denn unsere Lage schien nur dem inneren Feind hoffnungslos zu sein. Die wahren Freunde empfanden sie als unlosbar traurig. Auf zahlreichen Gebieten war

das nationale Leben auf das schwerste bedroht.

Wenn auch für viele — begreiflicherweise — die wirtschaftliche Katastrophe alles andere überragte, so war es doch für den Tiefblickenden klar, daß sie nur eine Folgeerscheinung darstellte, die wirtschaftlich notwendige Auswirkung einer Anzahl innerer Ursachen, die teils gesellschaftlicher, teils organisatorisch-politischer, über allem aber auch moralischer Natur waren.

Es gehörte ein sehr großer Mut dazu, angesichts der eckdrückenden Größe der Aufgaben, der scheinbaren Trostlosigkeit der Situation, sowie der gegebenen Beschränkung aller Mittel nicht zu verzagen, sondern die Arbeit für die Wiedererhebung der Nation aus ihrem Leid und Verfall sofort in Angriff zu nehmen.

Wirtschaftlich befanden wir uns folgender Lage gegenüber: Nach einem vierjährigen Krieg, der an sich der gesamten nationalen Volkswirtschaft schon furchtbare Schäden zugefügt hatte, wangen die siegreichen Gegner das deutsche Volk unter

nicht nur die andere Welt, sondern mindestens ebenso stark auch das deutsche Volk bewegen und ich bin glücklich darüber, denn ich muß als Führer und Kanzler der Nation und als Chef der Reichsregierung leider manchmal Entschlüsse treffen, die schon als solche schwer genug sind, deren Gewicht sich aber noch erhöht durch die Tatsache, daß es mir nicht gegeben ist, meine Verantwortung zu teilen oder gar auf andere abladen zu können.

So habe ich wenigstens den einen Wunsch, der Nation selbst Einblick zu geben in die mich bewegenden Gedanken, um ihr so das Verständnis zu erleichtern für jene Entschlüsse und Maßnahmen, die diesen Gedanken entspringen. Je schwerer aber diese Entschlüsse sind, um so mehr möchte ich als Deutscher mein Handeln unabhängig machen von allen Instinkten der Schwäche oder der Furcht und es in Lebensentscheidung bringen mit meinem Gewissen gegenüber meinem Gott und dem Volk, dem er mich dienen läßt.

ein Friedensdiktat, das bei jeder politischen und wirtschaftlichen Vernunft

am Ende des Krieges sich ergebende Verhältnisse der Kräfte zur rechtlichen Grundlage der Völker für immer machen will. Ohne jede Prüfung der wirtschaftlichen Lebensbedingungen und Gesetze, so in direktem Gegensatz zu ihnen, werden einerseits die ökonomischen Möglichkeiten gedrosselt, andererseits aber außer jeder Wirklichkeit liegende Leistungsansprüche gestellt. Unter der Generalbezeichnung Wiederausgleichung erfolgte die Zerstörung der deutschen Wirtschaft. Aus dieser unverständlichen Außerachtlassung der primitivsten wirtschaftlichen Einsicht ergab sich folgende Situation:

1. Die Nation hat einen Überfluß an Arbeitskraft.
2. Sie besitzt ein großes Bedürfnis zum Ersatz der ihrem gewohnten hohen Lebensstandard entsprechenden, durch den Krieg die Inflation und die Wiedergutmachung aber entzogenen Lebensgüter.
3. Sie leidet an einem im eigenen Lebensraum begründeten Mangel an Rohstoffen und Rohstoffen.
4. Der zur Behebung von all dem notwendige internationale Abnahmestützpunkt ist zu klein und wird außerdem praktisch durch zahlreiche Maßnahmen und eine gewisse zwangsläufige Entwicklung immer weiter eingengt.

Es stellt ein schlechtes Zeugnis für das wirtschaftliche Verständnis unserer damaligen politischen Gegner aus, daß sie die Unmög-

lichkeit der weiteren Erfüllung unbegrenzter, ja manchmal geradezu unverständlicher Forderungen erst dann einzusehen begannen, als durch dieses ihr Verhalten nicht nur die deutsche Nationalwirtschaft restlos zugrunde gerichtet war, sondern auch die Wirtschaft der anderen Länder dem nachfolgenden begann. Das Ergebnis dieses Wahnsinns aber war in Deutschland eine stillgelegte Industrie, eine vernichtete Landwirtschaft, ein ruiniertes Mittelstand, ein vererbeter Handel, eine überschuldete Gesamtwirtschaft, durch und durch zerrüttete öffentliche Finanzen, 6 1/2 Millionen registrierte, in Wirklichkeit aber mehr als 7 1/2 Millionen tatsächliche Arbeitslose.

Wollte man allein dieser wirtschaftlichen Katastrophe entgegenzutreten, dann wären schon hierzu

sehr harte Entschlüsse notwendig.

Die deutsche Nation konnte einst auf einem begrenzten Lebensraum einen Menschenreichtum anhäufen dank der ausbreitenden Lebensbedingungen, die sich aus ihrer Teilnahme an der internationalen Weltwirtschaft ergaben. Solange diese Voraussetzung bestand, waren die 67 Millionen Menschen auf dem engen Raum nicht nur in ihren inneren eigenen Lebensansprüchen gesichert, sondern auch ein nützlicher Wirtschaftsfaktor für die andere Welt. Der Verlauf des Krieges und insbesondere die Folgen der Nachkriegspolitik werden demnach als eine katastrophale, wenn auch furchtbare Widerlegung gelten können: jener anderen Meinung — die aber leider vor dem Krieg das Denken mancher Staatsmänner beherrschte —, daß der wirtschaftliche Vorteil eines europäischen Staates am besten gefördert würde durch die wirtschaftliche Vernichtung eines anderen.

Die wirtschaftliche Friedensbelastung der deutschen Nation

auf der einen Seite ihr welt- und binnenwirtschaftliche Benachteiligung auf der anderen Seite, zwingen aber jede Staatsführung sie mag aus wozu oder nicht, den gegebenen Verhältnissen Rechnung zu tragen. Wir alle sind der Überzeugung, daß die restlose Durchföhrung des Gedankens der wirtschaftlichen Autarkie aller Staaten, wie sie sich heute anzubahnen droht, von einer höheren Warte aus gesehen, unklar und in ihrem Ergebnis für alle Völker nur schädlich sein kann. Es ist wirtschaftlich gesehen, wenig vernünftig, aus natürlich gegebenen Agrar- und Rohstoffgebieten künstlich Industrieländer zu machen und umgekehrt, die menschenüberfüllten Industriestaaten zu einer primitiven Rohstoff- oder gar Rohstoffherzeugung zu zwingen. Für Europa wird diese Entwicklung bereinigt von sehr unerfreulichen und bösen Folgen sein. Allein eine Verrückung dieser von einem höheren wirtschaftlichen Gesichtspunkt aus

unernünftigen Tendenz liegt leider nicht im Vermögen Deutschlands.

Gefahren der Planwirtschaft

In eben dem Maße, in dem der fehlende internationale Absatz aus der Einschränkung im Einkauf verpfichtet wird — um die deutsche Arbeitskraft nicht brach liegen zu lassen — verläßt werden müssen, die fehlenden Rohstoffe entweder durch komplizierte Verfahren selbst zu gewinnen, oder wenn dies nicht möglich ist, sie zu ersetzen. Diese Aufgabe kann aber nur durch eine planmäßig geleitete Wirtschaft gelöst werden. Ein gewöhnliches Unternehmen, weil jeder Planwirtschaft nur zu leicht die Bürokratisierung und damit die Erstüfung der zwig schädlichen privaten Einzelinitiative folgt. Wir können aber im Interesse unseres Volkes nicht wünschen, daß durch eine sich dem Kommunismus nähernde Wirtschaft und der dadurch bedingten Einschränkung der Produktionsenergie die mögliche Gesamtleistung unserer vorhandenen Arbeitskraft vermindert und somit der allgemeine Lebensstandard statt eine Verbesserung erst recht eine Verschlechterung erfährt.

Diese Gefahr wird noch erhöht durch die Tatsache, daß jede Planwirtschaft nur zu leicht die harten Gesetze der wirtschaftlichen Konkurrenz der Besseren und der Vernichtung der Schlechteren aufhebt oder zum mindesten einschränkt zugunsten einer Garantierung der Erhaltung auch des minderwertigen Durchschnitts auf Kosten der höheren Fähigkeit, des höheren Fleißes und Wertes und damit zu Lasten des allgemeinen Nutzens.

Wenn wir also trotz dieser Erkenntnis diese Wege beschritten haben, dann geschah es unter dem härtesten Zwang der Notwendigkeit. Was in den 2 1/2 Jahren auf den Gebieten einer planmäßigen Arbeitsbeschaffung, einer planmäßigen Kartierung, einer planmäßigen Preis- und Lohngestaltung erreicht wurde, hat man noch einige Jahre vorher für gänzlich unmöglich gehalten. Allein es gelang nur dadurch, daß wir hinter diese scheinbar so zersetzten wirtschaftlichen Maßnahmen die lebendigen Energien der ganzen Nation stellten.

Eine Anzahl sachlicher und psychologischer Voraussetzungen mußten zu dem Zweck aber erst geschaffen werden. Um das Funktionieren der nationalen Wirtschaft sicherzustellen, war es notwendig, zunächst eine

unbedingte Ruhe in die ewige Bewegung der Lohn- und Preisbildung

zu bringen. Es war weiter erforderlich, allen nicht aus einem höheren nationalwirtschaftlichen Interesse kommenden Eingriffen die reichenden Voraussetzungen zu entziehen, d. h. die von der Lohn- und Preispolitik lebenden Klassenorganisationen beider Lager aufzuheben. Die Zerstückelung der Kampfgemeinschaften sowohl der Arbeitgeber als auch der Arbeitnehmer erforderte die analoge Zerstückelung der von diesen Interessentengruppen ausgehenden und sie dafür stützenden politischen Parteien. Dies wieder zwang zur

Einführung einer neuen konstruktiven und lebendigen Verfassung

und zu einem neuen inneren Reichs- und Staatsaufbau. Sollte das alles aber mehr sein als rein äußerliche Organisationsänderungen, dann mußte das Volk zu einem neuen gesellschaftlichen Denken und Leben erzwungen werden, lauter Aufgaben, von denen jede für sich ein Jahrhundert zu füllen vermöge und über die schon Völker und Staaten zerbrochen sind. Wenn man aber ein solches Programm, das entweder im großen gelingt oder sonst von vornherein in allen Einzelheiten mißlingen muß, zur Verwirklichung bringen will, dann hängt das Gelingen von zwei Voraussetzungen ab, vom Ausmaß der vorhandenen Ruhe und von der Dauer der zur Verfügbung stehenden Zeit.

Wie Deutsche können nur beklagen, daß die übrige Welt sich noch immer so wenig Ruhe gibt, eine objektive Prüfung dessen, was in Deutschland in den letzten 2 1/2 Jahren geschehen ist, vorzunehmen, und daß sie nicht das Wesen einer Weltanschauung studiert, der diese Leistungen ausschließlich zuschreiben sind. Denn die Zielsetzung sowohl als auch die Durchführung der Aufgaben, die dem heutigen Deutschland seinen eigenartigen Stempel aufprägen, sind ausschließlich von diesem nationalsozialistischen Gedankengang gekommen, sind der nationalsozialistischen Partei, ihrer Organisation und der ihr zu eigenen und entscheidenden Lastkraft zuzurechnen. (Stürmischer Beifall.)

In Deutschland hat sich in den letzten zwei Jahren eine Revolution vollzogen, die höher ist, als dies dem Durchschnitt der Menschheit jetzt zum Bewußtsein kommt. Der Umfang und die Tiefe dieser Revolution haben nicht geklärt durch die Schonung mit der sie ihre einstigen Gegner behandelt. Denn diese Schonung entsprang durchaus nicht dem Gefühl der Schwäche, als vielmehr der Überzeugung einer un-

höhen Überlegenheit, ebenso wie einer selbstsicheren, durch nichts zu erschütternden Siegeszuversicht. (Beifall.)

Dieses neue Deutschland kann daher nicht in Vergleich gebracht werden mit dem Deutschland der Vergangenheit.

Seine Ideen sind ebenso neu wie seine Handlungen. Der Geist des bürgerlichen Opportunismus ist als politisch bestimmender Faktor genau so überwunden wie die Tendenzen des marxistischen Internationalismus.

Wenn das heutige Deutschland für den Frieden eintritt, dann tritt es für ihn ein weder aus Schwäche, noch aus Feigheit. (Zujender Beifall, Rufe „Ja wohl!“) Es tritt für den Frieden ein aus einer anderen Vorstellung, die der Nationalsozialismus von Volk und Staat besitzt. Denn dieser sieht in der machtmäßig erzwungenen Einschmelzung eines Volkes in ein anderes wesensfremdes nicht nur kein erstrebenswertes politisches Ziel, sondern als Ergebnis eine Gefährdung der inneren Einheit und damit der Stärke eines Volkes auf lange Zeit gerechnet. Seine Lehre lehnt daher den Gedanken einer nationalen Assimilation dogmatisch ab.

Damit ist auch der bürgerliche Glaube einer möglichen Germa-

nisation widerlegt. Es ist daher weder unser Wunsch noch unsere Absicht, fremden Volksteilen das Volkstum, die Sprache oder die Kultur wegzunehmen, um ihnen dafür eine fremde deutsche aufzuzwingen. Wir geben keine Anweisung für die Verdeutschung nichtdeutscher Namen aus, im Gegenteil, wir wünschen dies nicht. Unsere vollste Lehre sieht daher in jedem Krieg zur Unterjochung und Beherrschung eines fremden Volkes einen Fortgang, der früher oder später den Sieger innerlich verändert und schwächt und damit in der Folge zum Besiegten macht. (Wiederholte stürmische Beifälle.)

Wir glauben aber auch gar nicht daran, daß in Europa die durch und durch nationalisierten Völker im Zeitalter des Nationalitätenprinzips überhaupt noch national enteignet werden könnten. Die letzten 150 Jahre bieten hier bezeichnende und warnende Beispiele mehr als genug. Die europäischen Nationalstaaten werden bei keinem kommenden Kriege — abgesehen von vorübergehenden Schwächungen ihrer Gegner — mehr erreichen können als geringfügige im Verhältnis zu den dargebrachten Opfern gar nicht ins Gewicht fallende vollstehende Grenzverfestungen.

Der permanente Kriegszustand

der aber durch solche Absichten zwischen den einzelnen Völkern ausgerichtet wird, mag verschiedenen wirtschaftlichen und politischen Interessenten vielleicht als nützlich erscheinen, für die Völker bringt er nur Lasten und Unglück. Das Blut, das auf dem europäischen Kontinent fast 300 Jahre vergossen wurde, steht außer jedem Verhältnis zu dem völkischen Resultat dieser Ereignisse. Frankreich ist am Ende Frankreich geblieben, Deutschland Deutschland, Polen Polen, Italien Italien. Was dynastischer Egoismus, politische Leidenschaft und patriotische Verblendung an scheinbaren tiefgreifenden staatspolitischen Veränderungen unter Strömen von Blut erreicht haben, hat in nationaler Beziehung stets nur die Oberfläche der Völker gerührt, ihre grundsätzliche Kartierung aber wesentlich kaum mehr verschoben. Hätten diese Staaten nur einen Bruchteil ihrer Opfer für klügere Zwecke eingesetzt, so wäre der Ge-

folg sicher größer und dauerhafter gewesen. (Beifall.)

Wenn ich als Nationalsozialist mit allem Freimut diese Auffassung vertrete, dann bewegt mich dabei noch folgende Erkenntnis. Jeder Krieg verzehrt zunächst die Kräfte der Völker. In Europa einen freien Raum nicht mehr gibt, wird jeder Krieg, ohne an der grundsätzlichen europäischen Not etwas zu ändern, höchstens eine ziffermäßige Vermehrung der Einwohner eines Staates mit sich bringen können. Wenn aber den Völkern davon so viel liegt, dann können sie dies nicht mit Tränen auf eine einfachere und vor allem natürlichere Weise erreichen. (Langanhaltender Beifall.) Eine gesunde Sozialpolitik kann bei einer Steigerung der Geburtenfruchtbarkeit einer Nation in wenigen Jahren mehr Kinder des eigenen Volkes schaffen, als durch einen Krieg an fremden Menschen erobert und damit wiedergewonnen werden können. (Erneuter Beifallsturm.)

ein Beitrag zum Frieden, der größer ist, als manche Unterfertigung unter manchen Paß

Ich glaube, daß mit dieser freierlichen Erklärung eigentlich ein lange dauernder Streit zwischen beiden Nationen abgeschlossen sein müßte. Wir geben sie ab in der Empfindung, daß dieser Konflikt und die mit ihm verbundenen Opfer für beide Nationen in keinem Verhältnis stehen zu dem Objekt, das, ohne jemals selbst gefragt zu werden, immer wieder die Ursache von so viel allgemeinem und politischem Unheil gewesen ist und sein würde. Wenn aber eine solche Erklärung nur die Würdigung findet, zur „Kenntnis“ genommen zu werden, dann bleibt natürlich auch uns nichts anderes übrig, als diese Antwort ebenfalls zur „Kenntnis“ zu nehmen. (Stürmische Zustimmung.)

Ich muß aber an dieser Stelle Protest einlegen gegen jeden Versuch, den Wert von Erklärungen je nach Bedarf verschieden zu taxieren. Wenn die deutsche Reichsregierung versichert, namens des deutschen Volkes nichts anderes als den Frieden zu wünschen, dann ist diese Erklärung entweder genau so viel wert als ihre Unterfertigung unter irgend-eine besondere Passformulierung, oder diese könnte sonst nicht mehr wert sein als die erste feierliche Erklärung.

Es ist eigenartig, daß im geschichtlichen Leben der Völker manchmal

förmliche Begriffs-Inflationen

vorkommen, die einer genauen Prüfung der Vernunft nur schwer standhalten können. Seit einiger Zeit lebt die Welt z. B. in einer förmlichen Rausch von kollektiver Zusammenarbeit, kollektiver Siderheit, kollektiver Verpflichtungen usw., die alle auf den ersten Augenblick konkreten Inhalts zu sein scheinen, bei näherem Hinsehen aber zum mindesten vielfachen Deutungen Spielraum geben.

Was heißt kollektive Zusammenarbeit? Wer stellt fest, was kollektive Zusammenarbeit ist und was nicht? Ist nicht der Begriff kollektive Zusammenarbeit seit hundert Jahren in der verschiedensten Weise interpretiert worden? Ich glaube, ich spreche es richtig aus, wenn ich sage, daß neben vielen anderen Reden sich die Siegerstaaten des Versailler Vertrages auch das Recht vorweggenommen haben, unwillkürlich zu definieren was kollektive Zusammenarbeit ist und was kollektive Zusammenarbeit nicht ist. (Beifall.)

Wenn ich mir an dieser Stelle erlaube, eine Kritik an diesem Verfahren zu üben,

dann geschieht es, weil dadurch am ehesten die innere Notwendigkeit der letzten Entschlüsse der Reichsregierung klar gelegt und das Verständnis für unsere wirklichen Absichten gefördert werden kann. Der heutige Gedanke der kollektiven Zusammenarbeit der Nationen ist

ursächliches und wesentliches geistiges Eigentum des amerikanischen Präsidenten Wilson.

Die Politik der Vorkriegszeit wurde mehr bestimmt von der Idee der Bündnisse, von durch gemeinsame Interessen zusammengeführten Nationen. Mit Recht oder Unrecht machte man diese Politik einst verantwortlich für den Ausbruch des Weltkrieges. Seine Verdrängung wurde — mindestens soweit es Deutschland betrifft — beschlossen durch die Doktrin der 14 Punkte Wilsons und der drei sich später noch ergänzenden. In ihnen war im wesentlichen zur Verhütung der Wiederkehr einer ähnlichen Katastrophe folgender Gedankengang niedergelegt.

Der Friede soll nicht sein ein Friede einseitigen Rechts, sondern ein Friede allgemeiner Gerechtigkeit und damit des allgemeinen Rechts. Es soll sein ein Friede der Veröhnung, der Abklärung aller und dadurch der Sicherheit aller. Daraus resultierte als Forderung die Idee einer internationalen kollektiven Zusammenarbeit aller Staaten und Nationen im Völkerverband.

die im Friedensvertrag auferlegten Bedingungen mit förmlichem Fanatismus erfüllt

Finanziell bis zur vollständigen Zerrüttung seiner Finanzen, wirtschaftlich bis zur totalen Verarmung seiner Wirtschaft, militärisch bis zur vollkommenen Wehrlosigkeit. Ich wiederhole hier in großen Zügen noch einmal die von niemand zu bestreitende Tatsache der deutschen Erfüllung der Verträge.

Der Führer verlas hier die Liste der von Deutschland auf Grund des Friedensvertrages zerstörten Waffen und Kriegsmittel, wie sie im Auftrah der Reichsregierung vom 16. März 1935 angeführt waren.

Damit hat Deutschland in einer feierlichen, Selbstkündigung seinerseits alle Voraussetzungen geschaffen für eine Zusammenarbeit kollektiver Art im Sinne der Gedanken des amerikanischen Präsidenten.

Am — zunächst noch dem Völkerverband deutscher Abfertigung hätte die Welt ihrerseits denselben Schritt zur Herstellung der

Nein, das nationalsozialistische Deutschland will den Frieden aus tiefsten innersten weltanschaulichen Überzeugungen.

Es will ihn weiter aus der einfachen primitiven Erkenntnis, daß kein Krieg geeignet sein würde, das Wesen unserer allgemeinen europäischen Not zu beheben, wohl aber sie zu vermehren. Das heutige Deutschland lebt in einer gewaltigen Arbeit der Wiedergutmachung seiner inneren Schäden. Keines unserer Projekte sachlicher Natur wird vor 10—20 Jahren vollendet sein. Keine der gestellten Aufgaben dererlei Art kann vor 50 oder vielleicht auch 100 Jahren ihre Erfüllung finden. Ich habe einst die nationalsozialistische Revolution durch die Schaffung der Bewegung begonnen und seitdem als Aktion geführt. Ich weiß, wir alle werden nur den allerersten Beginn unserer ganzen unumgänglichen Entwicklung erleben. Was könnte ich anderes wünschen als Ruhe und Frieden? Wenn man aber sagt, daß dies nur der Wunsch der Führung ist, so kann ich darauf folgende Antwort geben: Wenn nur die Führer und Regierenden den Frieden wollen, die Völker selbst haben sich noch nie den Krieg gewünscht. (Zujender Beifall.)

Deutschland braucht den Frieden und es will den Frieden. Wenn ich nun aus dem Munde eines englischen Staatsmannes höre, daß solche Versicherungen nichts sind und nur in der Unterfertigung unter Kollektivverträge die Gewähr der Aufrichtigkeit liegt, so bitte ich Mister Eden, dabei bedenken zu wollen, daß es sich in jedem Fall um eine Versicherung handelt. Es ist manchmal viel leichter, den Namen unter Verträge zu legen mit dem inneren Vorbehalt einer letzten Nachprüfung seiner Haltung in der entscheidenden Stunde, als angeichts einer ganzen Nation in voller Öffentlichkeit sich zu einer Politik zu bestimmen, die dem Frieden dient, weil sie die Voraussetzungen für den Krieg ablehnt. (Beifall.)

Ich hätte die Unterfertigung unter jenen Verträge legen können, so würde das Wesen dieser Handlungen nicht gleichbedeutend sein mit der Erklärung, die ich anfänglich der Saarabstimmung Frankreich gegeben habe. Wenn ich als Führer und Beauftragter der deutschen Nation vor der Welt und meinem Volk die Versicherung abgibt, daß ich mit der Lösung der Saarfrage an Frankreich keine territorialen Forderungen mehr stellen werde, so ist dies

Ich muß an diesem Paß noch einmal betonen, daß es kein Volk gab, das am Ende des Krieges diese Ideen vorseiger angegriffen hat als das deutsche. Seine Verleumdungen waren weitaus am größten von allen der am Krieg teilnehmenden Staaten. Im Vertrauen auf dieses Verhalten legten die deutschen Soldaten die Waffen nieder.

Als im Jahre 1919 der Friede von Versailles dem deutschen Volk diktiert wurde, war der kollektiven Zusammenarbeit der Völker damit das Todesurteil gesprochen worden. Denn an die Stelle der Gleichheit aller trat die Klassifikation der Sieger und Besiegten.

An die Stelle des gleichen Rechtes die Unterscheidung in Berechtigter und Rechtllose. An die Stelle der Veröhnung aller die Bestrafung der Unterlegenen. An die Stelle der internationalen Abrüstung die Abrüstung der Besiegten. An die Stelle der Sicherheit aller trat die Sicherheit der Sieger.

Dennoch wurde noch im Friedensdiktat von Versailles ausdrücklich festgelegt, daß die Abrüstung Deutschlands nur vorausgehen sollte zur Ermöglichung der Abrüstung der anderen. Und um ist an diesem einen Beispiel festzustellen, wie sehr die Idee der kollektiven Zusammenarbeit gerade von denen verlegt wurde, die heute ihre lautesten Forderung sind. Deutschland hatte

Gleichheit vollziehen müssen. Es ist nur ein Beweis für die Richtigkeit dieser Auffassung, daß es auch bei den anderen Völkern und in anderen Staaten nicht an mahnenden und warnenden Stimmen gefehlt hat, die für die Erfüllung dieser Pflicht eintraten. Ich will nur einige dieser sicherlich nicht als Freunde des heutigen Deutschland anzusprechenden Männer anführen, um aus ihren Erklärungen jene zu widerlegen, die in einer Art Vergesslichkeit nicht mehr wissen wollen.

daß der Friedensvertrag nicht nur für Deutschland die vertragliche Pflicht der Abrüstung enthielt,

sondern auch für die übrigen Staaten. Doch Robert Cecil, Mitglied der britischen Delegation auf der Pariser Friedenskonferenz und Führer der britischen Delegation der Führerrede siehe Seite 3

Erbgesundheit und Wohlfahrtspflege

Im Rahmen der dreitägigen Jahrestagung der Arbeitergemeinschaft württembergischer Wohlfahrtsbeamten sprach dieser Tage im großen Rathssaal des Stuttgarter Rathauses vor den versammelten Leitern der württ. Wohlfahrts- und Jugendämter Oberregierungsrat Dr. Köhle über „Rasse und Erbgesundheitspflege im Dritten Reich“. Er führte dabei u. a. aus:

Das nationalsozialistische Reich mit seiner auf die Naturgesetze von Blut und Boden gegründeten Staatsauffassung ist der übrigen Welt in der Entwicklung um mindestens 1/2 Jahrhundert voraus. Darum Mißverstand, daß Verleumdung auf allen Seiten, besonders auch bei den ewig-Geistigen im eigenen Lande. Verschiedenheit der Rassenrassen ist naturgegeben und gottgewollt, die Mischung verschiedener (arischer) Rassenbestandteile im deutschen Volkskörper jedoch kein Grund, die Träger deutschen Blutes rassistisch gegeneinander abzuwerten. Wogegen wir uns wehren müssen, ist das Eindringen fremdrassischer Völker und artfremden Blutes in den deutschen Volkskörper. Eine besondere Gefahr für die Entfaltung deutscher Art war das Eindringen der jüdischen Rasse und damit des jenseitigen Einflusses jüdischen Lebens in alle Gebiete unseres öffentlichen Lebens. Rassenvermischung ist vom Nebel, weil in den Mischlingen vorwiegend die schlechten Erbmerkmale durchschlagen. Darum ist Reinhaltung des Blutes für das deutsche Volk die Lebensfrage: denn nur ein Volk, das seine Rasse rein erhält, ist unsterblich. Auf dieser Erkenntnis gründen die neuen Gesetze des nationalsozialistischen Staates zur Erhaltung der Rassenreinheit.

Wenn die Rassenvermischung eine der Ursachen für das Sterben eines Volkes, für den allen Kulturvölkern drohenden „Volksstod“ ist, so ist die andere der qualitative Rückgang des Nachwuchses infolge der stärkeren Vermehrung der Minderwertigen. In der freien Natur herrscht das Gesetz der Auslese, das nur die lebensfähigsten Geschöpfe am Leben erhält und alles, was schwach, krank, fehlerbehaftet ist, im Kampf ums Dasein zugrunde gehen läßt. Das selbe Naturgesetz wirkt auch bei den ungewollten Rassenmischungen für die Ausmerzung aller Lebensschwachen und die Erhaltung der Erbgesunden. Erst in den Kulturstaaten der heutigen Zivilisation unterdrückt ein falscher Humanitätsbegriff diese natürliche Auslese zum Nachteil der Völker.

Unsere Aufgabe im Dritten Reich ist klar vorgezeichnet. Neben der Reinhaltung der Rasse, neben der Ausmerzung der Rassenvermischung, insbesondere mit Juden und Judenbastarden, kommt es darauf an, die Gründung erbgelunder, kinderreicher Familien zu fördern. Dazu ist es allerhöchste Zeit, nachdem eine gewisse Behinderung der Kinderzahl gerade in erbgelunden Volksteilen einen bedrohlichen Geburtenrückgang herbeigeführt hat. Doch dieser zahlenmäßige Abstieg der Bevölkerung ist noch nicht einmal das Schlimmste. Weit furchtbarer ist der qualitative Rückgang, Familien, aus denen die schwächsten Hilttschüler kommen, vermehren sich doppelt so stark wie die gesunden und fruchtungsfähigen Familien. Zur Erhaltung einer Familie sind vier Kinder notwendig, somit auch zur Erhaltung der Volkszahl überhaupt. Dabei ist dann aber Voraussetzung, daß diese Kinder wenigstens zum größten Teil erbgelund und lebensfähig sind.

Man muß sich klar machen, was es heißt, wenn das Deutsche Reich gegenwärtig noch durch Erbkränke (Erbblinde, Erbkrüppel, erblich Taubstumme, erblich Schwachsinnige) eine wirtschaftliche Belastung von 1,2 Milliarden jährlich zu tragen hat. Dazu kommen noch die Aufwendungen für 300 000 Trinker und 400 000 Psychopathen mit jährlich etwa 200 Millionen Mark. Diese ungeheuren Summen müssen aus dem Arbeitsertrag der Nation aufgebracht werden, gehen also dem Gesamtvermögen des Volkes verloren. Bei dieser Lage des Deutschen Volkes war es höchste Zeit, die Gegenmaßnahmen zu ergreifen, die wir mit dem Begriff der Rassen-Ökonomie und Rassen-

Hygiene umfassen. Sie stellen zwei Hauptaufgaben: die Ausmerzung der Minderwertigen (negative Rassen-Hygiene) und die Förderung der erbgelunden, kinderreichen Familie (positive Rassen-Hygiene). Um das Gesetz zur Verhütung erbkranken Nachwuchses wird das nationalsozialistische Deutschland von vielen Kulturstaaten beneidet, wenn auch Dunkelmänner und volksfremde Wähler aus diesem Gesetz Kapital zu schlagen suchten zur Degegen den nationalsozialistischen Staat. Es geht jeden Deutschen an, sich das Rüstzeug zu eigen zu machen, mit dem der Kampf gegen den Volksstod und die rassistische Schwächung des deutschen Volkskörpers allein zu bestehen ist, eben die Grundgesetze von Rasse und Vererbung. Nur diese verbleiben unserem Volk zu dem Aufstieg, um den der Führer seinen Kampf begann.

Als zweiter Redner der Tagung sprach der Vorsitzende der Arbeitergemeinschaft, Direktor Kdinger-Stuttgart über „Arbeitsfürsorge in der Wohlfahrtspflege“. Er schilderte die Ent-

wicklung des Fürsorgewesens seit dem Weltkrieg und die Aufgaben, die der öffentlichen Fürsorge durch die Massennotstände der Nachkriegszeit (Inflation, Wirtschaftskrise, Massenarbeitslosigkeit) gestellt waren bis zur Wohlfahrtspflege der Gegenwart, die in bewußter Einordnung in die Zielsetzung des nationalsozialistischen Aufbauwillens die Fürsorgeleistung unter den Grundsatzen: Keine Fürsorge ohne mögliche Gegenleistung. Im Sinne dieser Forderung erläuterte der Redner die rechtlichen Grundlagen und die praktischen Einrichtungen zur Beschäftigung von Fürsorgeempfängern (Fürsorge- und Pflichtarbeit) und zeigte die Wege, die der Fürsorgebehörde gegeben sind, um auch arbeitsunwillige, atonale Fürsorgeempfänger zur nützlichen Leistung in der Volksgemeinschaft heranzuführen (Arbeitszwang, Arbeitshaus).

Die Ausführungen beider Redner, an die sich ein lebhafter Gedankenaustausch anschloß, fanden die einmütige Zustimmung der Versammlung, der auch Vertreter des Innen- und Wirtschaftsministeriums, des Polizeipräsidenten, der Zentralleitung für Wohlfahrt und des Gemeinrats beipflichteten.

Genossenschaften im Dienste der Landwirtschaft

Tagung des württ. Landesverbandes landw. Genossenschaften in Stuttgart

Stuttgart, 20. Mai. Im Festsaal der Vordhalle fand am Montag die 54. ordentliche Verbandssammlung des württ. Landesverbandes landwirtschaftlicher Genossenschaften e. V. statt, an der gegen 2400 Vertreter der Einzelgenossenschaften teilnahmen. Der Vorsitzende, Bauer und Bürgermeister Waldmann-Liesbach, konnte in seiner Begrüßungsansprache u. a. willkommen heißen als Vertreter des Reichsstatthalters in Württemberg Staatssekretär Waldmann, ferner die Vertreter des württ. Staatsministeriums des Innen- und des Finanzministeriums, den Landesbauernführer Arnold und den Landesobmann Schäfer, ferner die Vertreter der Reichs- und Staatsbehörden, der Stadt Stuttgart u. a. m. Unter dem Beifall der Versammlung verlas der Vorsitzende ein Telegramm an den Reichsbauernführer Darré, in dem dieser von der Versammlung begrüßt und weiterhin treuer Gesellschafter versichert wird.

Anschließend hielt Landesbauernführer Arnold eine kurze, kraftvolle Ansprache, in der er die bisherigen großen Verdienste der landwirtschaftlichen Genossenschaften hervorhob, die auch durch früher begangene Ver-

fehlungen nicht getrübt wurden. Die Aufgabe der landwirtschaftlichen Genossenschaften sei nach wie vor: Dienst am Bauern. Sie können deshalb nie Selbstzweck sein. In diesem Aufgabensinne habe sich, so betonte der Landesbauernführer, nichts geändert. Auf dem Gebiet der Zinspolitik sei es Aufgabe der genossenschaftlichen Institute, vorbildlich zu sein. Eine Monopolstellung der Genossenschaften sei, so bemerkte Pg. Arnold am Schluß seiner Ausführungen, nicht erwünscht, denn sie müßte zu einer Erstarrung des Genossenschaftswesens führen.

An die mit starkem Beifall aufgenommene Ansprache des Landesbauernführers schloß sich ein Vortrag an, den Präsident Trumpf vom Reichsverband der deutschen landwirtschaftlichen Genossenschaften hielt, und war über das Thema: Ueber die Aufgaben der landwirtschaftlichen Genossenschaften im Reichswehrstand. Der Redner befaßte sich eingehend mit dem gesamten Aufgabebereich, den die landwirtschaftlichen Genossenschaften in der neuen Weimarer Verfassung haben. Seine klaren und eindringlichen Ausführungen erzielten lebhaften Beifall. Den Geschäftsbericht für das abgelaufene Jahr

1934 erstattete sodann Verbandsgeschäftsführer König. Darnach betrug die Zahl der verbandszugehörigen Genossenschaften am Ende des Berichtsjahres 3080 gegenüber 2435 im Vorjahr. Im laufenden Berichtsjahr haben weitere 88 Genossenschaften ihren Beitritt erklärt, so daß heute die Zahl der verbandszugehörigen Genossenschaften 3148 beträgt. Die Entwicklung sei überaus erfreulich. So sei u. a. bei den Sparanlagen der Kreditgenossenschaften gegenüber dem Vorjahr eine ganz erhebliche Steigerung eingetreten. Die Gesamteinlagen bei 1568 Genossenschaften betragen am Ende des Berichtsjahres rund 192 Millionen RM. Damit ist der Stand des letzten Weltkriegsjahres überschritten. Auch die Rückversicherungs- und Rückverwertungs-Genossenschaften haben eine Zunahme von 564 Genossenschaften zu verzeichnen. Ebenso haben die genossenschaftlichen zentralen Geschäftsanstalten eine Aufschwung zu verzeichnen, der alle Erwartungen weit übertrifft.

Geschäftsbericht der Landw. Genossenschaften

Im Anschluß an die Tagung fand dann die 43. ordentliche Generalversammlung der landwirtschaftlichen Genossenschafts-Zentral-Kasse (G.m.b.H.) statt. Den Geschäftsbericht für das Jahr 1934 erstattete Direktor Greiner. Dem Bericht ist u. a. zu entnehmen, daß der Zentralkasse auf 31. Dezember 1934 1722 Mitgliedergenossenschaften angeschlossen waren, darunter 159 Spar- und Darlehenskassen und Genossenschaftsbanken. Die gesamten Geschäftsanteile belaufen sich auf 6 871 000 RM, und die Gesamtsumme auf 45 250 000 RM. Der Gesamtumsatz berechnet sich auf beiden Seiten des Hauptbuchs auf rd. 1 336 000 000 RM. An Krediten wurden an die angeschlossenen Genossenschaften rd. 23 200 000 RM ausbezahlt, wozu noch Sonderkredite für Rückversicherungs-Genossenschaften, die Beschaffung von Düngemitteln, Bankkredite usw. von rd. 12 600 000 RM kommen.

Die Bilanz weist nach vorgenommenen Abrechnungen einen Reingewinn von 305 935,11 RM auf, der dem Antrag des Vorstands und Aufsichtsrats entsprechend wie folgt verteilt wurde: 4 Prozent Dividende auf die einbezahlten Geschäftsanteile 273 000 RM, gef. Reservefonds 15 300, Vortrag auf neue Rechnung 235,11 RM. In Bezug auf die Zinsgestaltung haben im Berichtsjahr sowohl die Zentralkasse wie die Einzelgenossenschaften es sich angelegen sein lassen, dem letzten Kreditnehmer weitere Erleichterung zu verschaffen. In ihrer Eigenschaft als Entscheidungsstelle sind der Zentralkasse zusätzlich verantwortungsvolle Aufgaben zugefallen. Am 31. Dezember 1934 waren insgesamt 7012 Schuldungsverfahren anhängig.

Württembergische Lebensretter ausgezeichnet

Unter Beteiligung künstlicher Ländinnsporsicher Verbände und Organisationen fand in Dresden die große Reichstagung der Deutschen Lebensrettungs-Gesellschaft statt. Aus diesem Anlaß wurden verdiente Mitarbeiter ausgezeichnet, die seit 10 und mehr Jahren sich in den Dienst der Sache stellen und die schon verschiedentlich eine oder mehr Rettungstaten unter Einsatz ihres eigenen Lebens zu verzeichnen haben. Vom Landesverband Württemberg erhielten die Scherz und Urfunde folgende Mitglieder: Fritz Peter, Produkt, Stuttgart; Paul Grpf, Buchhändler, Stuttgart; Friedrich Kälberer, Bezirksleiter, Ulm; Wilhelm Gauber, Kaufmann, Ulm, und Carl Hbl, Verwaltungssekretär, Ulm.

Der rote Gürtel um Paris

Die letzten französischen Gemeindevahlen haben als hervorstechendstes Merkmal ein gewaltiges Anwachsen der Zahl der kommunistischen Mandate gezeigt. Ganz besonders ist dies in den Pariser Vororten in Erscheinung getreten, so daß die französische Presse von einem roten Gürtel spricht, der sich um die Hauptstadt gelegt habe. Wohl hat die Pariser Innenstadt noch eine Rechtsmehrheit, aber in 37 Vororten haben die Kommunisten die Mehrheit erlangt (auf unserer Karte schwarz eingezeichnet). In zahlreichen weiteren Vororten besteht eine Linksmehrheit (gelb), und in fast allen übrigen besteht eine starke kommunistische Minderheit (Sowjetstern). Diese Tatsache dürfte wohl endlich dem französischen Volke, das soeben ein Bündnis mit dem Bolschewismus abgeschlossen hat, zu denken geben. Dr. Schönbauer



Rundfunkprogramm des Reichssenders Stuttgart

Donnerstag, 23. Mai	Freitag, 24. Mai	Samstag, 25. Mai	Sonntag, 26. Mai
5.45 Morgenrundschau - Zeitungsabg.	6.45 Morgenrundschau - Zeitungsabg.	5.45 Morgenrundschau - Zeitungsabg.	5.45 Morgenrundschau - Zeitungsabg.
6.00 Sonntags	6.00 Sonntags	6.00 Sonntags	6.00 Sonntags
6.30 Frühliche Morgenmusik	6.30 Frühliche Morgenmusik	6.30 Frühliche Morgenmusik	6.30 Frühliche Morgenmusik
7.00 Zeitungsabg.	7.00 Zeitungsabg.	7.00 Zeitungsabg.	7.00 Zeitungsabg.
8.00 Wetterhandmeldungen	8.00 Wetterhandmeldungen	8.00 Wetterhandmeldungen	8.00 Wetterhandmeldungen
8.30 Sonntags	8.30 Sonntags	8.30 Sonntags	8.30 Sonntags
8.45 Zehnminuten	8.45 Zehnminuten	8.45 Zehnminuten	8.45 Zehnminuten
9.15 Volkshilfen	9.15 Volkshilfen	9.15 Volkshilfen	9.15 Volkshilfen
10.45 Nachrichten	10.45 Nachrichten	10.45 Nachrichten	10.45 Nachrichten
11.05 Jungwerbungsfunktion der Reichspost	11.05 Jungwerbungsfunktion der Reichspost	11.05 Jungwerbungsfunktion der Reichspost	11.05 Jungwerbungsfunktion der Reichspost
11.30 Wetterbericht	11.30 Wetterbericht	11.30 Wetterbericht	11.30 Wetterbericht
12.00 Mittagskonzert	12.00 Mittagskonzert	12.00 Mittagskonzert	12.00 Mittagskonzert
13.00 Zeitungsabg. Nachrichten, Wetterbericht	13.00 Zeitungsabg. Nachrichten, Wetterbericht	13.00 Zeitungsabg. Nachrichten, Wetterbericht	13.00 Zeitungsabg. Nachrichten, Wetterbericht
13.15 Mittagskonzert	13.15 Mittagskonzert	13.15 Mittagskonzert	13.15 Mittagskonzert
14.00 Zehnminuten	14.00 Zehnminuten	14.00 Zehnminuten	14.00 Zehnminuten
14.30 Zehnminuten	14.30 Zehnminuten	14.30 Zehnminuten	14.30 Zehnminuten
15.00 Zehnminuten	15.00 Zehnminuten	15.00 Zehnminuten	15.00 Zehnminuten
16.00 Zehnminuten	16.00 Zehnminuten	16.00 Zehnminuten	16.00 Zehnminuten
17.00 Nachmittagskonzert	17.00 Nachmittagskonzert	17.00 Nachmittagskonzert	17.00 Nachmittagskonzert
18.00 Sonntags	18.00 Sonntags	18.00 Sonntags	18.00 Sonntags
18.30 Frühliche Morgenmusik	18.30 Frühliche Morgenmusik	18.30 Frühliche Morgenmusik	18.30 Frühliche Morgenmusik
19.00 Zeitungsabg.	19.00 Zeitungsabg.	19.00 Zeitungsabg.	19.00 Zeitungsabg.
19.15 Volkshilfen	19.15 Volkshilfen	19.15 Volkshilfen	19.15 Volkshilfen
20.00 Zehnminuten	20.00 Zehnminuten	20.00 Zehnminuten	20.00 Zehnminuten
20.30 Zehnminuten	20.30 Zehnminuten	20.30 Zehnminuten	20.30 Zehnminuten
21.00 Zehnminuten	21.00 Zehnminuten	21.00 Zehnminuten	21.00 Zehnminuten
21.30 Zehnminuten	21.30 Zehnminuten	21.30 Zehnminuten	21.30 Zehnminuten
22.00 Zehnminuten	22.00 Zehnminuten	22.00 Zehnminuten	22.00 Zehnminuten
22.30 Zehnminuten	22.30 Zehnminuten	22.30 Zehnminuten	22.30 Zehnminuten
23.00 Zehnminuten	23.00 Zehnminuten	23.00 Zehnminuten	23.00 Zehnminuten
23.30 Zehnminuten	23.30 Zehnminuten	23.30 Zehnminuten	23.30 Zehnminuten
24.00 Zehnminuten	24.00 Zehnminuten	24.00 Zehnminuten	24.00 Zehnminuten

Die Deutsche Blätter

Durch ihren Mund von deutschem Land und Volke tut sie kund

Nr. 8

Sonderbeilage der NS Brief: Württemberg

1935

Prinz Eugen, der edle Ritter oder die Vorarbeiten der deutschen Besiedlung im Banat

Prinz Eugen, der edle Ritter,
Wollt dem Kaiser wiederum kriegerig
Stadt und Festung Belgrad,
Er ließ schlagen eine Brücke,
Doch man konnte hinderrücken
Mit der Arme wohl vor die Stadt.

So jubelte es wie Fasnachtszüge vor etwa 200 Jahren (1717) die Donau herauf in die deutsche Lande. Für die Länder an der Donau waren schlimme Jahrhunderte vorausgegangen. Wie ehemals die Ungarn in wilden Reiterzügen nach Deutschland einbrachen, so schickten nun die Türken nach Ungarn herein. Zweimal belagerten sie in höchst bedrohlicher Weise Wien, die deutsche Kaiserstadt, ja, drängten noch weiter die Donau herauf, so daß angstvoll überall die Türkenglocken geläutet wurden, täglich mit- tags um 12 Uhr, und in den Häusern das Gebet „wider den Türken“ gesprochen wurde.

Wien blieb beide Male glücklich verschont, aber das ganze südliche Ungarn wurde ver- zerrt und teilweise von seinen Bewohnern entvölkert. Nun aber hatte der Feldherr Prinz Eugen mit seiner Armee die Türken vernich- tend geschlagen und das südliche Ungarn von ihnen geläubert, ja, noch einen Teil von Serbien dazu erobert und nun wurde von der österreichischen Regierung für das Land rechts und links der Donau ein großzügiges Kolonisationswerk geschaffen. Deutsche Bauern und Handwerker wurden als Sied- ler dorthin gerufen, vor allem Süddeutsche, Schwaben, Badenjer, Pfälzer, Hessen, Fran- ken. Sie alle wurden unter dem Namen Schwaben zusammengefaßt, und die Banater Schwaben, von denen hier die Rede sein soll, haben eine wichtige Siedlungs- arbeit geleistet. Wegen der damaligen Un- sicherheit erfolgte die Ansiedlung der Deut- schen durchweg in geschlossenen Gemeinden. Die Anlage der Ortschaften geschah nach einem festen Plan. Rings um das Dorf liegt der Feldbesitz; wegen der Unterschiedlichkeit des Bodens — mit Rücksicht namentlich auf die etwas höhere oder durch Binnengewässer bedrohte Lage — wurde er in 4—5 Fluren aufgeteilt. Eine Familie also, die je nach der Zahl ihrer Mitglieder, 10—20 Hektar erhielt, bekam ihren Anteil nicht in einem zu- sammenhängenden Stück, sondern in 4—5 Par- zellen auf die Fluren verteilt. Das ersparte zwar die Bewirtschaftung, aber der Besitz war gerecht verteilt. Und für das soziale Leben war die geschlossene Gemeinde ein großer Vorteil. Von dem Besitz mußten die Ansetzungsstellen teilweise beglichen, außerdem eine mäßige Rente bezahlt werden. Wo eine Gutsherrschaft bestand, mußten auch Frondienste geleistet werden. Der Besitz war erblich; er durfte aber nur mit be- stimmter Genehmigung verkauft oder ver- tauscht, konnte dem Untauglichen auch ent- zogen werden.

Trotz Sumpffieber, Pest und Cholera und anderen Heimsuchungen der Anfangszeit haben die Siedler hervorragendes geleistet, haben zu dem damals übernommenen Boden von römischen und slavischen Nach- baren neues Land dazu gepachtet, teilweise gekauft. So entstanden neben rein deutschen Dörfern vollständig gemischte. Diese Ausdeh- nung mußte gegen Ende des 19. Jahrhun- derts aufhören. Erst der Einwanderungs- zeit hatte sich die Zahl der Banater Schwaben fast verdreifacht. Da sie immer eine starke Volksvermehrung hatten und da Boden nun nicht mehr zu bekommen war, wan- derten viele aus nach Amerika und ergriffen auch andere Berufe als das Bauernwesen, wanderten ab in die Städte und kamen in Berührung mit der ungarischen Stadtbild- zung, was leider dazu führte, daß dieser städtische Teil, in Gewerbe und Handel be- schäftigt, als Beamte angestellt, sich vielfach in magyarischeren begann. Vorher schon hat- ten die Banater schwäbischen Bauern Schul- ten an Schutter mit den Magyaren gekämpft. Sie waren ja von den Grundbesitzern gerufen worden, waren abhängig von ihnen, mußten ihnen Frondienste leisten, von denen sie sich in der Revolution im Jahre 1848 befreiten, damals also mit den Magyaren gegen die österreichische Regierung kämpften. Diese Bun- desgenossenschaft ist ihnen schlecht bekommen. Seit dieser Zeit ist das Ragarenentum nation- al erwacht, hat die anderen Volksteile eines Staates durch Unterdrückung ihrer Schulen in Ragaren machen wollen, und

gerade die Banater Schwaben haben hier viel erdulden müssen. Erst nach dem Welt- krieg kam eine Erweckung ihres Volkstums und Volksbewußtseins, das mit elementarer Kraft aufflammte, namentlich auch bei den in den Städten Wohnenden, der höheren Bildungsschicht Angehörigen.

Die Banater Schwaben nach dem Weltkrieg

Im Krieg waren deutsche Soldaten in den schwäbischen Bauerndörfern des Banats ein-



Deutsche Kolonisten fahren auf einer Ulmer Schachtel von Ulm ab ins Banat. H. Schmar.

quartiert gewesen. Da war das eine Freude gewesen! Auf allen Kriegsschauplätzen waren die schwäbisch-ungarischen Bauernsoldaten mit den deutschen Soldaten des Reiches zu- sammengekommen. Das hatte ihr Volk- tumsgefühl und Selbstbewußtsein erhöht. Im Jahre 1928 wurde das zweihundertjäh- rige Jubiläum der Einwanderung der Schwaben mit einem imposanten Festzug und sonstigen Feierlichkeiten begangen; die Feiern wirkten belebend auf den historischen Sinn der Schwaben. Ein mächtiger drei- stöckiger Bau, „Banatia“ genannt, wurde aus Volksbeiträgen errichtet, um der Lehren- bildungsanstalt, einem geräumigen Schüler- heim und Musterschulen eine würdige Unterkunft zu bieten; er wurde später noch

Schwaben von den Ragaren zu lösen. Als nun aber im untern Donauraum die Grenz- zonen endgültig gezogen wurden, stellte sich die rumänische Regierung zu der deutschen Volksbewegung recht wenig freundlich ein. Nun sollten rumänische Schulen gegründet werden. Es gelang zwar, wenigstens für die konfessionellen Schulen Unterricht in der Muttersprache zu erwirken, aber die Mehr- zahl von Volksschulen dieser schwäbischen Gemeinden ist staatlich, und in ihnen wird die deutsche Sprache flüchtiglich behan- delt. Aus diesem Grunde wurde in Temeswar auch ein deutsches konfessionelles Gym- nasium (Gymnasium) errichtet. Doch das erwachte Volkstum hat neu zu leben begonnen.

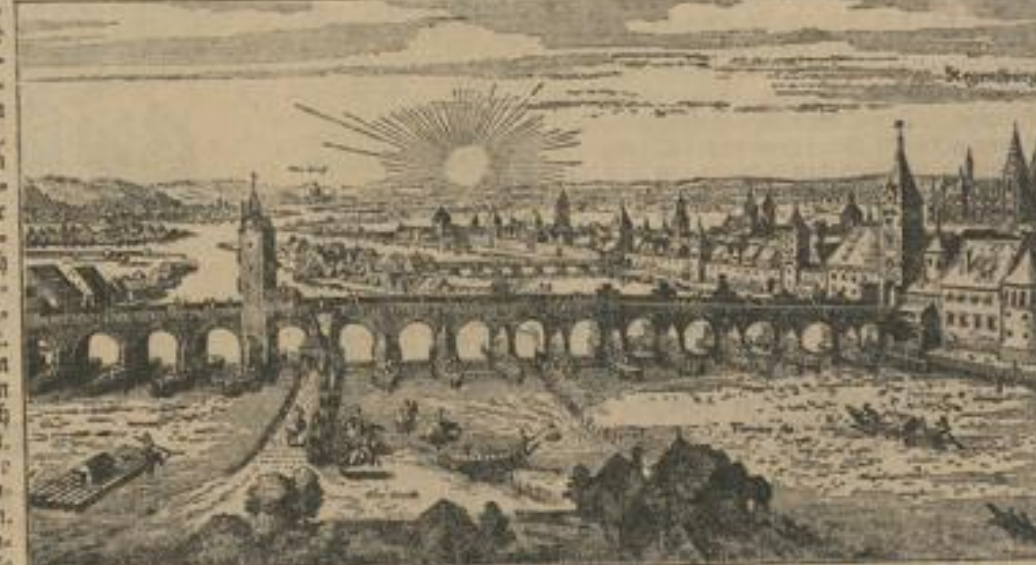
Die Donau hinunter ins Banat

Auf der Ulmer Schachtel

Der Kontabler Jakob Pleh, Sohn eines Schiffers aus Ulm, der mit Prinz Eugen drunten an der Donau gefochten, macht der Jugendfreunde, der früh verwitweten 23jährigen Theres einen frischen trüblichen Heiratsantrag, worin es heißt: „Lieberworte Frau Theres, wenn Ihr einen einseitigen Ulmer Späßen direktament glücklich machen wollt, überdenkt einmal, ob eine Donau- fahrt von Ulm bis Peterwardein nicht eine schöne Weltreise war... Nehmt Brant- jungfern mit, so viel Ihr wollt, wir ver-

heiraten sie hier alle an Männer mit Haus und Hof und lutzig Joch Feld. Mein Vater wird Euch seine schönste Rille geben, und in drei Wochen seid Ihr hier, wo der ewiglich treue Jakob in Liebe wartet. Der Vatter ist schon bestellt, Sogt nicht nein, wenn meine Brautwerber kommen. Ich bin ein ehrlischer Bursch geordnet all mein Lebtag. Vertrauet mir, velleure Theres.“

Und die Theres lagte ja und fuhr mit einer Ulmer Schachtel, die der Schwieger- vater Pleh eigens gebaut hatte, zu ihrem Jakob nach Ungarn.



Die große Donaubrücke in Regensburg, links eine abfahrende Regensburger Blüte, rechts eine Ulmer Schachtel. (Die Auswanderungsblätter waren natürlich vorher.)

Hände winkten, Lächeln wehten. Hört wurden geschwenkt, und die Mutter Pleh rief vom Ufer: „Größ de Gott! Größ de Gott! Hab nur den Jakob recht gern! Und sie wickelte sich die Augen.

Und es fällt mir so schwer,
Aus der Heimat zu gehn,
Wenn die Hoffnung nicht wär
Auf ein Wieder-Wiedersehen.
Lebe wohl, lebe wohl, lebe wohl,
Lebe wohl, lebe wohl, lebe wohl!
Die einfache herrliche Welt ergriff alle.
Es war ihnen allen gar lieblich weh zumute.
An das Wiedersehen glaubten sie nicht.
Auf dem dollgepackten kleinen Ulmerkistl,
das keiner Abfahrt harre, stand neben dem
Steuermann ein hochgewachsener, junger
Mann von häßlichem Weien. Er schaut
unternehmend auf das bunte Getriebe am
Ufer und freute sich innerlich, daß diese
kleine Völkerveränderung zustande kam. Es
war der hilfsreicher Wörndle aus Bla-
beuren, der Ulmer. Auch ihn hatte die
Wanderlust gepackt. Eine neue deutsche
Welt entsehe dort drunten an der Donau!
Rau, deutsche Schuttmeter wird man überaus
brauchen, wo Leute wohnen... Er fand
Landleute aus dem Elbisch auf dem Schiff,
die bitter klagten über ihre Herren...
Alles wußt fort... Gedreht den vielen
Thronen und Peitschen schon recht,
lagte sich Wörndle, daß ihre braven Arbeiter
tiere die Flucht ergreifen. Die werden sich
eine neue, freie Heimat gründen in fernem
Ländern und nicht trübsüchtig werden. Jezu
Prozent ihrer Habe mußten sie als Abfahrts-
geld zurücklassen, loskaufen mußten sie sich
von ihrer Untertanenpflicht.

Während Wörndle sinnet dastand, er-
stente das Kommando: „Los!“
Da postete es auch ihn,
Leb wohl, du altersgranes, hilfloses, Deut-
sches Reich, das sich selbst zerstückelt hat in
unseligen Kriegen, das sich ohne Wider-
streben das Elbisch rauben ließ. Leb wohl!
Wir ziehen mit Schmerzen von dannen, wir
weinen um dich...“

Auf Regensburger Plätzen

Das war kein kleiner Tag für Regens-
burg, an dem die erste Akerplatte der Reichs-
heimer Schiffbauwerke abgeben sollte, auf
der fünfhundert Auswanderer Platz fanden.
Die Schifferrunde von Regensburg ließ sich
ein Gutachten von dem berühmten Meister
Jakob Juchs in Köllen geben, ehe sie ein-
willigte, daß so große Schiffe gebaut werden.
Am die Mittagshunde war die erste Reichs-
heimer Blüte in Bereitschaft zur Fahrt.
Das Floß trug eine Herrenhütte mit
mehreren Zimmern, eine Flucht von Bar-
cken für die Auswanderer, eine besondere
Baracke für das Personal des Schiffmeisters,
welches im Jahrlohn stand und von Wieu
wieder heimzuführen hatte, zwei Küchen und
sonstige gedrehte Räume, einen Stall für
fünf Schlachochsen und einige Kühe, einen
Hammelfall und einen Standplatz für
Pferde, die die Auswanderer mitgenommen
hatten. Die Fuhrwerke mußten auch hier
zerlegt werden, um Raum zu schaffen für
die Menschen. Fünfhundert Jocher mußten
mit, wenn die Rechnung des Unternehmers
stimmen sollte.

Und am nächsten Tag ging das zweite,
am übernächsten, dem Pfingstsonntag das
dritte, große Floß ab, alle in gleicher Weise
besetzt; der Zustrom der Auswanderer aber
hörte immer auf.

(Nach Adam Köller Gattenbrunn. „Der große
Schwabenzug“, Verlag G. G. G.)

Mit Roß und Wagen

Die mit Roß und Wagen gefahren, mach-
ten einen anderen Weg. Es hieß, er solle dies
luzer sein. Aber er kam ihnen himmel-
lang vor, wie sie Tag für Tag, der liebe
Gott weiß schon durch wie viele Dörfer und
Städte, fuhren. Wenn sie abends in irgend-
einem Dorf Rast machten, und die Leute
fragten, wie weit Wien noch sein könne,
warten diese nur mit den Achseln. Gebüet
hatten sie schon drei von Wien, es soll eine
wunderbühne große Stadt sein. Der Kaiser
wohne auch dort, aber wie weit es noch sei,
das wußten sie wirklich nicht.

Endlich kamen sie in Drier, wo die Leute
schon wußten, wie viele Tage man bis Wien
zu fahren hat. Eines Abends hieß es dann:
— Morgen nachmittag sind wir in Wien! —
Gott sei Dank! — sagten die Leute. „Tom
Pabischen bis Wien ist's eine hübsche
Strecke, und man muß zwei gute Röser an
der Stange haben, soll man unterwegs
nicht heden bleiben.“

(Nach Hans Paul. „Die neue Heimat“.)



Dr. Todt in Stuttgart

Stuttgart, 21. Mai.
 Wie wir erfahren ist am Dienstagabend der Generalinspektor für das deutsche Straßenwesen, Dr. Todt, im Hotel „Graß Zeppelin“ abgestiegen. Dr. Todt kam mit dem Mercedes-Zehrad-Gelendefahrer an, der ihm am Sonntag vom Führer bei Gelegenheit der Eröffnung der Reichsautobahnstraße Frankfurt a. M. — Darmstadt zum Geschenk gemacht worden ist.

Der Führer dankt Tübingen

Tübingen, 21. Mai. Bei der Stadtverordnetenversammlung Tübingen ist folgendes Dankschreiben des Führers und Reichskanzlers eingelesen: „Die Verehrung des Ehrenbürgerrechtes von Tübingen sowie die mir durch Umbenennung der Mühlstraße in Adolfs-Hiller-Straße erwiesene Ehrung erfüllen mich mit aufrichtiger Freude. Ich nehme die Ehrenbürgerchaft an und bitte, dem Gemeinderat meinen ergebensten Dank sowie meine besten Glückwünsche für das Blühen und Gedeihen von Tübingen auszusprechen zu dürfen. Mit deutschem Gruß! Adolf Hitler.“

Katholische Jugendverbände stehen an der Spitze der Volksgemeinschaft!

Eigenbericht der NS-Presse
 Wangen i. N., 21. Mai. In der alten Reichsstadt Wangen i. N. versammelten sich heute früh sämtliche Bannführer und Jungbannführer des NS-Gebietes 20, Württemberg, zu einer Besprechung. Gebietsführer Sundermann hielt eine grundlegende Rede auf Grund der letzten Vorträge in Ulm. Er erklärte, daß die katholischen Jugendverbände sich ihrer Verantwortung gegen die Staatsjugend außerhalb der deutschen Jugend gestellt hätten und Sabotage an der Volksgemeinschaft trieben. Alle christlichen Verbände hätten heute auf Seiten der NS und gegen ihre Jugendorganisationen, die gegen die Eingliederung der deutschen Jugend ankämpften. Die NS ist der einzige Faktor innerhalb der deutschen Jugend, dem es gelang, innerhalb ganz kurzer Zeit das Gefühl dieser Jugend zu prägen. Sie wird ihren Totalitätsanspruch nie aufgeben.
 Der Redner wies dann nochmals ausdrücklich darauf hin, daß die NS, die sich einen eigenen Lebensstil schuf, auch ein neues Ehrgefühl geschaffen hat. Dieses regiert in ihren eigenen Reihen heute schon unerbittlich. Wenn die junge Generation den Staat übernommen haben wird, wird dieses Ehrgefühl auf das ganze Volk ausgebreitet werden. Die heutige Zeit ist härter als die vor der Machübernahme, denn es gilt heute die Substanz der rechtlichen Parteien zu prüfen. Wir haben zu schnell vergessen, wie das Zentrum durch Korruption und Vandalen mit den Werten, dem Kapitalismus und Indentum verunreinigt hat, die Eingliederung unseres Volkes zu hintertreiben. Schachergeizigkeit des Zentrums hätten die Verbreitung des Volkswissens, der unweigerlich über uns hereingebrochen wäre, zur Folge gehabt, wenn sie die Bewegung unseres Führers nicht im letzten Augenblick niedergeschlagen hätte. Es ist läge, daß wir Gegner des Christentums seien; wir stehen auf dem Boden der 25 Punkte des nationalsozialistischen Parteiprogramms. Staat und Weltanschauung über sind Dinge, über die wir selbst zu bestimmen wünschen.
 Nach der kurzen Ansprache des Kreisleiters von Wangen-Deutsch, Pfeiffer, sprach Jungbannführer Simon Winter, der Leiter des Sozialamtes des Gebietes über Aufgaben, Fortschritte und Erfolge seiner Arbeit. Die Logung dehnte sich derart aus, daß die Beschlüsse und Besprechungen auf den nächsten Tag verlegt werden mußten. Der Dienstag schloß mit einer feierlichen Teilnehmer nach Oberjoch an der überreichlichen Grenze, wo die Logung am Mittwoch ihren Abschluß finden wird.

Wittmoos, 21. Mai. (Großfeuer durch Brandstiftung?) Das in der Kofferstraße in Wittmoos bei Breiten gelegene Doppelwohnhaus der Frau Engel Witwe und des Friedr. Schulz wurde durch einen Brand zerstört. Auf dem Speicherboden land man den Sohn der Frau Engel, der sich dort erhängt hatte, als verkokelte Leiche. Man vermutet, daß er den Brand gelegt hat.
 Truchsessingen, 21. Mai. (Schwerer Autounfall) In der Nacht zum Sonntag fuhr in Truchsessingen beim Gasthof „Zur Rose“ ein 60jähriger Personwagen auf ein Haus auf. Dabei wurden zwei Insassen schwer verletzt, so daß sie in das 60jährige Krankenhaus verbracht werden mußten. Außerdem ist das Fahrzeug erheblich beschädigt worden. Der Fahrer, der zu viel Alkohol zu sich genommen hatte, wurde von der Polizei festgenommen.
 Kelen, 21. Mai. (Lebendig verbrannt) Richterloh brannend sprang das 10 Jahre alte Tochterchen des Karussellbesitzers Bernd in Klingen auf die Straße. Man versuchte, die Plammen zu erlösen, was auch gelang. Die Wunden waren aber so stark, daß das bedauernswerte Kind abends im Krankenhaus starb. Das Mädchen war einer Benzinquelle in der Nähe seiner Pflanzleiter zum Opfer gefallen.

Aus Stadt und Land

Regolter, den 22. Mai 1935.
 Einzelanbere Leberleitung ist oft lehrreicher, als kalte, überdachte Unschicklichkeit.

„Dein Wort Führer, ist uns Gesetz!“

Gemeinschaftsempfang der Führerrede
 Angehörige aller Parteigliederungen und eine Anzahl unserer Weisalen besetzten gestern abend den Rensaal, um der großen außenpolitischen Rede des Führers und Kanzlers zu lauschen. Ortsgruppenleiter P. St. Steeb eröffnete kurz nach 20 Uhr, nachdem zuvor die Stadtpfaffe mit Musikstücken aufwartete, die Reichshymne, welche von der NS mit dem Truchsessingen, der Gott der Götter wachen ließ“ eingeleitet wurde. Von 20.15 bis 22.30 Uhr war eine andächtige Menge ganz Ohr, die Weltöffentlichkeit, der wie an anderer Stelle Raum geben, aus dem Munde des Führers entgegenzunehmen. Nach einem Sprechchor der NS führte P. St. Steeb in seinem Schlusswort folgendes aus:
 „In ganz Deutschland und darüber hinaus, irrtelt die Menschheit mit dankerfülltem Herzen dem Führer zu, bis auf einige wenige Feiglinge, die sich in Unwissenheit oder Bosheit am deutschen Volke verstoßen. Uns Nationalsozialisten aber brennt das Gelächris im Herzen: „Dein Wort Führer ist uns Gesetz“ und soll Spiegelbild unseres Tuns sein, geneigt, menschliche Ungleichheiten abzutreten. Und sollten wir uns einmal schwach fühlen, so wollen wir auf den Mann blicken, der die gemaltigen Aufgaben löst und lächerliche Vorken auf seine Schultern genommen hat; in solchen Stunden wollen wir ferner das Rahmhal der Bierhandert vor Augen haben, die für das neue Deutschland ihr Leben ließen und die uns den Befehl geben, allen, Männern und Frauen, unsere Pflicht zu tun, wie sie es getan. Dieses Versprechen wollen wir am heutigen Abend erneuern mit dem Ruf, unser Führer, unser Vaterland: Sieg Heil!“

Nachdem die Weislieder verklungen, ging man auseinander, mit dankerfülltem Herzen an den Mann, der unsere Geschichte leitet.
 Alle Kirchen in Regolter
 Unter diesem Titel begann die Schwarzwalddiözesan in ihrer Ausgabe vom 18. Mai eine Artikelreihe von Professor Dr. Manfred Eimer-Tübingen. Die ersten vier Abschnitte behandeln Ketzerei. — Die Chorturmkirchen — Die Arelusturme in Hirsau und ihre Sippe — Hatte die Hirsauer Peter-Paulskirche stliche Türme?
 Alleingesehene Schwarzwälder Bauernsipp
 die in Neuenhellen gekehrt wurden.
 Wir vermissen die Namen der Schwarzwälder Bauernsippführer, die durch den Reichsbauernführer H. Walter Darré und durch den Landesbauernführer Alfred Arnold gekehrt wurden. Dabei handelt es sich nur um solche Bauernsippführer, die mindestens 200 Jahre lang auf ein und denselben Hof ihrer Scholle treu geblieben sind. Ihre Namen lauten: Führer in Tübingen, O. Kottwitz, erbeingesehene seit dem Jahre 1654; Plan in Komshorn, Gemeinde Bierundwanzhöhe, O. Oberndorf, erbeingesehene seit dem Jahre 1694; Schleich in Garmes, O. Oberndorf a. N., erbeingesehene seit dem Jahre 1676; Hamann in Rutenbach, O. Calw, erbeingesehene seit dem Jahre 1675; Graf in Regolter, Gemeinde Bierundwanzhöhe, O. Oberndorf a. N., erbeingesehene seit dem Jahre 1680; Talle in Weller, Gemeinde Bierundwanzhöhe, O. Oberndorf a. N., erbeingesehene seit dem Jahre 1685; Diener in Wilsbach, O. Tübingen, erbeingesehene seit dem Jahre 1686; Schmider in Stühlfhof, Gemeinde Bierundwanzhöhe, O. Oberndorf a. N., erbeingesehene seit dem Jahre 1689; Bäuerle in Hornberg, O. Calw, erbeingesehene seit dem Jahre 1694; Schaber in Sulzbach, Gemeinde Lombach, O. Freudenstadt, erbeingesehene seit dem Jahre 1718; Heinselmann in Lombach, O. Freudenstadt, erbeingesehene seit dem Jahre 1729.

Sonderurlaub zum Reichskriegesactag

Der Reichsminister des Innern hat auf Antrag des Reichsbäuerbundes an die Reichskriegesactag, den Reichsoberkommissar für die Rückgliederung des Saarlandes, die Landesregierungen und für Preußen an die Behörden der preussischen Staatsverwaltung, Gemeinden, Gemeindeverbände, sonstige Körperschaften des öffentlichen Rechtes, sowie die Hauptverwaltung der deutschen Reichsbahn-Gesellschaft und Reichsbahndirektion eine Verfügung erlassen, nach der zur Teilnahme an dem vom Reichsbäuerbund in den Tagen vom 6. 8. Juli in Kassel veranstalteten 5. Deutschen Reichskriegesactag Beamten, Behördenangestellten und -arbeitern, die Mitglieder des Reichsbäuerbundes sind, auf Antrag der erbetenliche Urlaub mit Fortzahlung der Gehalts- und Lohnbezüge und ohne Anrechnung auf den Erholungsurlaub gewährt werden kann, soweit dienstliche Belange nicht entgegenstehen.

Ehrenmalweihe und Frontkämpfertreffen in Hanau am Main

Die alte Garnisonstadt Hanau am Main erwarb am 8. 9. und 10. Juni 1935 alle ehemaligen Angehörigen der in Hanau garnisonierten Truppen von Hanau aus ins Feld gerückten Truppen zu einer großen Wiedersehensfeier mit Ehrenmalweihe. Dieses Frontkämpfertreffen wird einen großen Umfang haben und durch zahlreiche Darbietungen und Abwechslungen reichhaltig und unterhaltend werden. Jede nähere Auskunft erteilt der Propaganda-Ausschuss: Hanau am Main, Hausmannstraße Nr. 14.

100 Mark gestohlen

Ergenzingen. Einer hiesigen älteren Witwe, die vor einigen Tagen eine Kuh verkauft und den Erlös daraus, 100 Mk., zu Hause in ihrem Kasten aufbewahrt, wurde am Sonntag nachmittag das Geld entwendet. Anscheinend ist der Dieb durch den Stall eingebrungen und

Schwarzes Brett

Deutsche Arbeitsfront, Rechtsberatungsgesellschaft
 Der Rechtsberater für die Geschicklichkeitsmitglieder in der DAF, hält morgen nachmittags von 5-6 Uhr eine Sprechstunde ab.

Deffentliche Turnstunde des BDM.
 Heute abend von 8-9 Uhr findet in der Turnhalle ein öffentl. Turnabend des BDM statt. Jedermann ist herzlich eingeladen.
 Ringierportwartin.

33. 2/III/126 Altensteig u. Umgebung
 Im Laufe der Woche halte ich folgende Heimabende:
 Am Donnerstag, 23. Mai, abends um 8.30 Uhr in Berned für die Standorte Berned und Altensteig (im Schulhaus Berned).
 Am Freitag, 24. Mai, abends 8.30 Uhr in Ebhausen für die Standorte Wari, Ebershard und Ebhausen (Schule Ebhausen).
 Anschließend an den Heimabend findet jeweils eine Führerbesprechung statt. Ich verlange vollständige Teilnahme aus der Beurlaubten.
 Der Gef.

hat dann mit einem Nachschlüssel den Kasten geöffnet. Die Frau und ihre Schwiegermutter waren abwesend und bemerkten nach ihrer Rückkehr den Verlust. Der Diebstahl trifft die Frau umso härter, da sie bereits wieder ein Stück Vieh gekauft hat und es nun mit diesem Gelde bezahlen wollte. Man sich hier wieder, daß jeder Gelddiebstahl in die Sparschneise gebiert, wo er sicher aufbewahrt ist und jederzeit abgeholt werden kann.
 Gefängnis
 Calmbach. Am Samstag vormittag hat sich in einer hiesigen Wirtschaft ein Hausierhändler in schäntlicher Weise über den Führer geäußert. Der Mann veränderte die Polizei, die den Mann kurz vor Abfahrt des Juges auf dem Bahnhof festnehmen konnte. Dabei stellte sich heraus, daß der Hausierhändler nicht einmal im Besitze eines Wandergewerbescheines war. Er wurde sofort an das Amtsgericht Neuenbürg eingeliefert, wo er wahrscheinlich Zeit bekommt, seine gemeine Meinung zu überlegen.

Letzte Nachrichten

Verstärkung der Streiklage in Belgien

Brüssel, 21. Mai.
 Die Streiklage in der Gegend von Charleroi hat sich verschärft. 200 Bergarbeiter beizigten am Montag abend eine dritte Zeche in Farcienne unter Anwendung von Gewalt und erschicketen auf dem Grubengelände Barrikaden. Die Grubenbesitzer haben am Montag abend die Schließung der betroffenen Zechen beschlossen. Die Grube ist aber am Dienstag vormittag von Genartern geräumt worden. Zwischenfälle werden nicht gemeldet. Die Streikbewegung hat sich auf fünf weitere Gruben ausgedehnt, so daß jetzt in der Gegend von Charleroi 15 Zechen still liegen. Vier Zechen werden noch immer von den Belegschaften mit Gewalt besetzt gehalten. In Borinage ist am Dienstag früh die Arbeit teilweise wieder aufgenommen worden.

Konrad Henlein

Prag, 21. Mai.
 Der Führer der Sudetendeutschen Partei Konrad Henlein richtet an seine Anhänger einen Aufruf, in dem es u. a. heißt: „Das Volk hat entschieden. Die Idee der Volksgemeinschaft hat gefestigt. Die Mehrheit des Sudetendeutschentums hat sich in die Kampffront von Volk und Heimat für Recht und Ordnung eingeschoben. Das Vertrauen, das uns vom Volk entgegengebracht wurde, verpflichtet uns auch weiterhin, alle Kraft in den Dienst unserer Sache zu stellen. Im Bewusstsein unserer Verantwortung haben wir bewiesen, daß wir nicht nur zu kämpfen, sondern auch zu arbeiten verstehen. Der gestrige Tag hat gezeigt, daß es unmöglich ist, gegen die Deutschen unseres Staates zu regieren. Im neuen Parlament wird auch der demokratische Grundgesetz Geltung erlangen müssen, daß das ganze Haus — gleichgültig, ob seine Parteien in der Opposition oder in der Regierung stehen — zur Mitarbeit und Mitbestimmung herangezogen wird. Der Wahlsieg gehört uns. Jetzt aber mit doppelter Kraft an die Arbeit!“

Devilshieber

Berlin, 21. Mai.
 Die 4. Strafkammer des Berliner Landgerichtes beschlößt sich seit Dienstag mit der größten Devilshieberung, die im Jahre 1934 in Deutschland aufgedeckt werden konnte. Der Prozeß läuft unter dem Aktenort „Loborius und Genossen“. Die Anklage richtet sich gegen 13 Personen, von denen neun in Haft sitzen. Zahlreiche weitere Mitglieder des Schlebeckkonfortiums befinden sich in Kurlande und konnten von den Strafverfolgungsbehörden bisher nicht belangt werden. Die Angeklagten und ihre Hintermänner haben zu dem angeblichen Zweck der Kapitalerhöhung wirtschaftlich vieler Handelsgesellschaften mit Hilfe ausländischer Geldleute und Emigrantenteile umfangreiche Sperr-

Maßnahmen vorgenommen. Die Kapitalien wurden nicht dem angegebenen Zweck zugewandt, sondern in das Ausland ver- schoben. Den Strafverfolgungsbehörden ist es durch rasches Zugreifen gelungen, einen Teil der in Millionen gehenden Devisenschil- dungen noch rechtzeitig zu unterbinden.

Die Christenverfolgungen in der Sowjetunion

Eröffnung einer Ausstellung in Rotterdam Rotterdam, 21. Mai.

Am Montag Abend fand in der überfüllten reformierten Kirche in der Amandus- straße auf Veranlassung des holländischen Rationalsverbandes „Gottesdienst, Familie, Auto- rität“ eine große Protestkund- gebung gegen die Christenver- folgungen in Sowjetrußland statt. Den Anlaß zu dieser Kundgebung, der über 2500 Personen versammelte, boten die in Sowjetrußland erlassenen Todesurteile gegen zwei evangelische Geistliche und die Tatsache, daß von den Sowjetbehörden noch immer 27 evangelische Priester gefangen ge- halten werden oder in der Verbannung schmachten. Im Mittelpunkt der Veranlas- tung stand die erschütternde Darstellung der Leiden und Verfolgungen, denen der deutsch- evangelische Priester Kern in Sowjetrußland ausgesetzt war. Sie machte auf die zahl- reichen Zuhörer einen tiefen Eindruck. Die Gesühle der Verammelten wurden am Schluß der Kundgebung von dem bekannten Rotterdammer Prediger D. Krop in zwei Protokollausführungen zusammengefaßt, die telegraphisch an die niederländische Regie- rung und an den französischen Gesandten im Haag übermittelt wurden. In den Ent- schlussungen wird kategorisch die Freilassung der von den Sowjetbehörden gegen jedes menschliche Gefühl und Recht gefangen ge- haltenen 27 Geistlichen gefordert und ein Einschreiten der französischen Regierung sowie des Völkerbundes gegen die Sowjet- regierung verlangt.

Am Anschließ an die Montag Abend ver- anstaltete große Protestkundgebung gegen die Christenverfolgungen in Sowjetrußland fand im Bortagsaal der hiesigen refor- mierten Gemeinde die Eröffnung einer unter Mitwirkung des internationalen Genfer Pro-Testo-Verbandes organisierten Ausstel- lung statt, die einen eindrucksvollen Ueber- blick über die Kampfmethoden des Bolsche- wismus und der G.P.U. gegen Religion und Kirche sowie über die vom Kommunismus- herausbedingten internationalen Gefahren gibt. Der Organisator der Ausstellung, Priester D. Krop (Rotterdam), wies bei der Eröffnung darauf hin, daß die Ausstellung auch in anderen Städten gezeigt werden solle. Er hoffe, daß der Kampf gegen die Glaubensverfolgungen in Sowjetrußland in allen zivilisierten Ländern starken Widerhall finde. Wie groß die Gefahren seien, von denen die Christenheit heute bedroht werde, ergebe sich zur Genüge aus der einfachen Tatsache, daß die Sowjetregierung über ein Geschick der Welt regiere, und daß es noch niemals in der Weltgeschichte dagewesen sei, daß eine Regierung den gesamten Staats- apparat in den Dienst des Hasses gegen die Religion gestellt habe.

Von kommunistischer Seite geplante Stö- rungsversuche konnten von der Polizei mube- los verhindert werden.

Das neue Wehrgesetz

Berlin, 21. Mai.

Vor der Reichstags-Sitzung fand eine Mini- sterbesprechung unter dem Vorsitz des Führers und Reichskanzler statt, in der das vom Reichswehrminister eingebrachte Wehr- gesetz beraten und beschlossen wurde. Ferner wurde ein Gesetz über Ver- änderung des Reichsminister-Gesetzes angenommen, wonach allgemein aktive Soldaten Minister werden können. Bei einem zum Reichsminister ernannten Sol- daten ruht der Anspruch auf sein Dienst- kommen. Am Schluß der Sitzung dankte der Führer und Reichskanzler in herzlichen Worten dem Reichswehrminister v. Blom- berg für die große bei der Wiederherstel- lung der Wehrkraft des deutschen Volkes geleistete Arbeit.

Die wichtigsten Bestimmungen des Wehrgesetzes

Das von der Reichsregierung beschlossene und veränderte Wehrgesetz umfaßt 38 Para- graphen, die in fünf Abschnitte aufgeteilt sind. Die wichtigsten Bestimmungen sind fol- gende, die wir im Wortlaut wiedergeben:

Abschnitt 1: Allgemeines.

§ 1. 1. Wehrdienst ist Ehrendienst am deut- schen Volke. 2. Jeder deutsche Mann ist wehrpflichtig. 3. Im Kriege ist über die Wehrpflicht hinaus jeder deutsche Mann und jede deutsche Frau zur Dienstleistung für das Vaterland verpflichtet.

§ 2. Die Wehrmacht ist der Waffentragende und die soldatische Erziehungsschule des deutschen Volkes. Sie besteht aus dem Heere, der Kriegsmarine, der Luftwaffe.

§ 3. 1. Oberster Befehlshaber der Wehr- macht ist der Führer und Reichskanzler. 2. Unter ihm steht der Reichskriegsminister als Oberbefehlshaber der Wehrmacht.

Abschnitt 2: Die Wehrpflicht.

§ 4. Die Dauer der Wehrpflicht: Die Wehrpflicht dauert vom vollendeten 18. Lebensjahre bis zu dem auf die Vollendung des 45. Lebensjahres folgenden 31. März.

§ 5. Befreiungen im Kriege. 1. Alle Wehrpflichtigen haben sich im Falle einer Mobilmachung zur Verfügung der Wehr- macht zu halten. Der Reichskriegsminister entscheidet über ihre Verwendung. 2. Die Befreiungen der Wehrmacht gehen im Kriege allen anderen vor.

§ 6. Erweiterung der Wehr- pflicht. Im Kriege und bei besonderen Notständen ist der Reichskriegsminister ermächtigt, den Kreis der für die Erfüllung der Wehrpflicht in Betracht kommenden deut- schen Männer zu erweitern.

§ 7. Wehrdienst besagt: Die Wehr- pflicht wird durch den Wehrdienst erfüllt. Der Wehrdienst umfaßt: a) den aktiven Wehrdienst (hier sind die einzelnen Katego- rien aufgezählt), b) den Wehrdienst im Be-urlaubtenstande.

Im Beurlaubtenstande stehen die An- gehörigen: 1. der Reserve, 2. der Ersatz- reserve, 3. der Landwehr.

Die nach § 6 einberufenen Jahrgänge im Alter von über 45 Lebensjahren bilden den Landsturm.

§ 8. Aktive Dienstpflicht. 1. Der Führer und Reichskanzler setzt die Dauer der aktiven Dienstpflicht für die Wehrpflichtigen fest. 2. Die Wehrpflichtigen werden in der Regel in dem Kalenderjahr, in dem sie das 20. Lebensjahr vollenden, zur Erfüllung der aktiven Dienstpflicht einberufen. Freiwilliger Eintritt in die Wehrmacht ist schon früher möglich. 3. Die Erfüllung der Arbeitsdienst- pflicht ist eine Voraussetzung für den aktiven Wehrdienst. Ausnahmen werden durch Son- derbestimmungen geregelt. 4. Bei Freiheits- strafen von mehr als 30 Tagen Dauer haben die Wehrpflichtigen die entsprechende Zeit nachzubienen, falls sie nicht nach § 23 aus dem aktiven Wehrdienst ausscheiden müssen.

§ 12 regelt das Ersatzwesen. U. a. wird gefaßt: In der entmilitarisierten Zone wer- den die Wehrpflichtigen durch die Behörden der allgemeinen und inneren Verwaltung er- setzt.

§ 13 behandelt die Wehrwürdigkeit. Wehrwürdig ist u. a. auch, wer wegen staatsfeindlicher Betätigung gerichtlich be- straft ist.

§ 14 Wehrpflichtausnahmen. Zum Wehr- dienst dürfen nicht herangezogen werden: 1. Wehrpflichtige, die nach dem Gutachten eines Sanitätsbeamten oder eines von der Wehr- macht beauftragten Arztes für den Wehrdienst untauglich befunden sind. 2. Wehrpflichtige römisch-katholischen Bekenntnisses, die die Eucharistie nicht empfangen haben.

Besonders wesentliche Bestimmungen ent- hält § 15. Kritische Abstammung. Er besagt: 1. Kritische Abstammung ist eine Voraus- setzung für den aktiven Wehrdienst. 2. Ob und in welchem Umfange Ausnahmen zu- gelassen werden können, bestimmt ein Prä- rangsausschuß nach Richtlinien, die der Reichsminister des Innern im Einvernehmen mit dem Reichskriegsminister aufstellt. 3. Nur Personen arischer Abstammung können Vorgesetzte in der Wehrmacht werden. 4. Den Angehörigen arischer Abstammung in der Wehrmacht und des Beurlaubten- standes ist das Eingehen der Ehe mit Per- sonen nichtarischer Abstammung verboten. Zuwiderhandlungen haben den Verlust jedes gehobenen militärischen Dienstgrades zur Folge. 5. Die Dienstleistung der Nicht- arier im Kriege bleibt besonderer Regelung vorbehalten.

Einjährige Dienstzeit!

Verordnung des Führers über die Dauer der Wehrpflicht

Zu § 8 des Wehrgesetzes vom 21. Mai 1935 hat der Führer und Reichskanzler folgende Verordnung erlassen: „Die Dauer der aktiven Dienstpflicht bei den drei Wehrmachtsteilen wird einheitlich auf ein Jahr festgelegt.“

Handel und Verkehr

Neue Zuteilung der öffentlichen Bau- parzellen Württemberg

Stuttgart, 21. Mai. Die öffentliche Bau- parzellen Württemberg in Stuttgart. Die Bauparzellen der öffentl. Sparbanken hat am 27. April 1935 wiederum 175 Mill. RM. billige Parzellen von Bau oder Kauf von Eigenheimen ausgeschüttet. Rechnet man den Betrag der Zuteilung vom Januar 1932 mit 1.495.000 RM. hinzu, so ergeben sich 1.670.000 RM. zugewiesener Parzellen allein in den ersten vier Monaten dieses Jahres. Ingesamt hat die öffentliche Bauparzellen Württemberg dem Bau- und Arbeitsmarkt in Württemberg bis heute 57.466.500 RM. zugeführt. An Neuabschlüssen können in die- sem Jahr auf Ende April schon 10 Millionen RM. verzeichnet werden. Ein weiterer Ver- tragszugang von 5 Mill. RM. ist durch Uebernahme eines Teils der Bauparzellen der neuen Bauparzellen G. m. b. H. in Württen- rot zustande gekommen.

Stuttgarter Schlachtviehmarkt vom 21. 5. 1935. Auftrieb: Cälber 29 Stück, 11 Bullen 219 (1), Röhre 259 (—), Färren 301 (—), Mäl- der 185 (2), Schweine 1562 (—). Cälber a) vollst. ausgewärfte 1, jüngere 41; Bullen a) jüngere vollstetige 41, b) sonstige vollstetig 37 bis 39; Röhre a) jüngere vollstetige 36 bis 38, b) sonstige vollstetige 30 bis 35, c) stei- schige 22 bis 26, d) geringe gewährte 18 bis 21; Färren (Kalbinnen) a) vollstetige aus- gewärfte 41, b) vollstetige 38 bis 40; Mäl- der a) beste 55 bis 60, b) mittlere 50 bis 54, c) geringere 43 bis 48, d) geringe 35 bis 40; Schweine a) fetter über 300 Pfund 1, fetter 48, 2, vollstetige 46 bis 48, b) vollstetige von 240 bis 300 Pfund 47 bis 48, c) vollstetige von 200 bis 240 Pfund 46 bis 48, d) vollstetige von 160 bis 200 Pfund 45 bis 48; Sauen 1, fetter 40 bis 43.

Marktbericht: Großvieh lebhaft. Röhre mäßig befest. Schweine ruhig.

Stuttgarter Viehmarkt. Bullen a) 60—70—69, b) 64—68—67; Röhre b) 48—55—52, c) 42—46—44; Färren a) 73—78—76, b) 70—72—70, c) 67—70—68; Mäl- der b) 88—90—88, c) 80—86—85; Hammel b) 74—77—76, c) 72—74—73; Schweine b) 71—74—78, c) 68—70—69; Sped 65—68—66.

Fruchtmärkte. Kernen: Weizen 10,60, Roggen 8,70, Gerste 9,60, Haber 8,45 RM. — Heidenheim: Kernen 11,50, Weizen 10,45, Haber 8,60 bis 9, Roggen 8,50 RM. — Riedlingen: Gerste 9, Erbsen 20, Haber 9, Weizen 10,00.

Gekörnte: Christian Bruch, Schuhmacher- meister, 78 Jahre, Waldrennweg / Am- stutz geb. Bühler, 60 J., Lohndorf.

Vorausichtige Witterung: Für Donner- stag und Freitag ist zwar mehrschon heißeres, aber zu Gewitterstürmen geneigtes Wetter zu erwarten.

Verlag: Der Gesellschafter G. m. b. H., Nagol- der-Druck- und Verlags-Gesellschaft (Inhab. Karl Zaiser), Nagold, Hauptgeschäftsstelle: und verantwortlich für den gesamten An- zeigenteil: Hermann Götz, Nagold, D. N. IV. 35: 2520

Zur Zeit ist Preisliste Nr. 3 gültig

Die heutige Nummer umfaßt 10 Seiten

Bodenbenutzungsüberhebung 1935
Nach einer Verordnung der Reichsregierung ist in diesen Tagen eine Bodenbenutzungsüberhebung durchzuführen. Der Gesamtgrundbesitz jeder einzelnen Person auf Nagold ist bereits festgestellt.
Zum Zwecke der Feststellung der verschiedenen Kultur- arten sind von den Betriebsführern Betriebsbogen auszu- füllen. Dieselben werden bis Donnerstag verteilt und sind spätestens bis Montag, 27. Mai 1935 auf der Polizeiwache ausgefüllt und unterschrieben wieder abzugeben. Das ver- pachtete, sowie das gepachtete Grundeigentum ist in Rubrik B des Betriebsbogens anzugeben und die Gesamtbetriebs- sache hierauf unter Rubr. C auf die einzelnen Kulturarten auszuscheiden.
Da die Betriebsbogen sofort nach Ablauf der Frist weitergegeben werden müssen, wird pünktliche Einhaltung der Frist bestimmt erwartet.
Grundstücke, die noch nicht angepflanzt sind, sind unter der Fruchtart anzuführen, mit der sie noch bepflanzt werden sollen.
Bei den kleineren Betrieben, die keine Betriebsbogen er- halten, erfolgt die Feststellung der Kulturarten durch Schätzung.
Auf die Abhandlung im Wochenblatt der Landesbauern- schaft Nr. 17 vom 27. 4. 1935 wird hingewiesen.
Nagold, den 21. Mai 1935, 12945
Bürgermeisteramt: Maier.

1. Baufest
Des Reichsbundes für Leibesübungen
25. bis 28. Juli 1935
Schwenningen a.N.
HERAKLITH-LEICHTBAUPLATTEN
hochfester, wetterbeständig, feuerfester
fruchtigkeitsabweisend, schallhemmend
geeignet für Dach- und Außen- und leichte
Einbauwände, besonders vorteilhaft für
Stalldecken und Wände
Ferd. Weimer - Nagold
Baumaterialienhandlung / Tel. 496

Ein neues
Fahrrad?
Aber nur
Miele
Zu haben in den Fahrradhandlungen.

Verkaufe 1296
D-Rad, N. 0.6
500 ccm, steuerfrei, in gutem
Zustand, Wohllicht, fast neu
Bereifung
Heinrich Hörrmann, Wildberg

1 modernes 1269
Marken-Klavier
fabrikneu, sehr schön im Ton
von Pianofabrik des Umständer
halber billig zu verkaufen.
Anfr. unter N. 48 an Ala
Anzeigen A.G., Stuttgart

Ein nettes Bild
Wegen Verheiratung meines
Mädchen suche ich am
1. Juli tüchtiges
Alleinmädchen
das kochen kann und Lieb-
zu Kindern hat 1296
Eisel Adoff, Calw

Zerriffene Strümpfe
werden bei mir zu jedem Schuh-
tragbar für 70 Btg. angesetzt
Auch werden alte Strümpfe an-
gefrischt und aufgemacht.
Herm. Bringinger 1292

**Left den
„Gesellschafter“**
mit den Fahrtszeiten von Nagold, dem
Post-, Telegraphen- und Fernsprecht-
dienst in
überprüflicher Anordnung sind zu haben in der
Geschäftsstelle des „Gesellschafter“

Verkehr

Öffentlichen Bau-Verkehrs

Die öffentliche Bau-Verkehrs... (Text continues with details about public transport services and schedules.)

tion auf der Abrüstungskonferenz (Neuvus in Paris 1924 Nr. 5):

Die Abrüstungsbestimmungen des Versailler Vertrags... (Text discusses the disarmament provisions of the Treaty of Versailles.)

Paul-Boncour am 8. April 1927

Auf der 3. Tagung der vorbereitenden Abrüstungskommission des Völkerbundes... (Text is a speech by Paul-Boncour regarding disarmament.)

Erklärung Henderson vom 20. Januar 1931

Wir müssen unsere Parlamente, unsere Völker überzeugen, daß alle Mitglieder des Völkerbundes zu dieser Politik der allgemeinen Abrüstung durch feierliche Verpflichtung gezwungen werden...

Erklärung Briands vom 20. Januar 1931

Zur Namen meines Landes schreibe ich mich den beredeten Worten an... (Text is a speech by Briands about disarmament.)

Ausspruch des belgischen Außenministers Vandervelde

Mitglied der belgischen Friedensdelegation vom 27. Februar 1927: Von nun an stehen wir vor folgendem Dilemma: Entweder müssen die anderen Mächte ihre Armeen im Verhältnis zu der deutschen Reichswehr vermindern... (Text is a speech by Vandervelde.)

Loeb Robert Cecil in seiner Abrüstungsrede vom 31. Dezember 1930:

Die internationale Abrüstung gehört zu unseren wichtigsten nationalen Interessen. Wir haben nicht nur einmal, sondern zu wiederholten Malen die Verpflichtung übernommen, die Abrüstungen der im Weltkrieg siegreichen Nationen herabzusetzen und zu begrenzen... (Text is a speech by Robert Cecil.)

diesem Falle auch nicht zu antworten haben würden, wenn unsere früheren Gegner mit der Forderung an uns herantreten, wieder dazuzurück zu kommen.

Und noch einmal Paul-Boncour:

Am 26. April 1930 im „Journal“: Endlich braucht man kein Prophet zu sein. Es genügt, die Augen offen zu halten, um festzustellen, daß im Falle eines endgültigen Scheiterns der Abrüstungsverhandlungen oder auch nur im Falle einer fortwäh-

renden Vertagung, Deutschland, das von sicherem Zwange befreit ist, sich einigen werde, diese Abrüstung abzuschließen, und nicht mehr allein eine Abrüstungsbeschränkung zu dulden, die der Versailler Vertrag selbst als die Bedingung, aber auch als das Versprechen einer allgemeinen Abrüstungsherabsetzung bezeichnet hat. Wir haben keine Wahl mehr.

Was aber war geschehen? Während Deutschland seine Verpflichtungen des ihm

aufbürdeten Vertrages getreu erfüllt hat, unterließ die nachfolgende Vertragserfüllung bei den sogenannten Siegerstaaten. Wenn man heute versucht, durch Ausreden dieses Versäumnis zu entschuldigen, dann ist die Widerlegung solcher Ausflüchte wirklich nicht schwer. Wir hören jetzt zu unserem Erstaunen aus dem Munde fremder Staatsmänner, daß die Absicht der Erfüllung an sich wohl bestanden hätte, allein die Zeit hierfür noch nicht dagewesen sei. (Gelächter.) Wiezo?

Alle Voraussetzungen für die Abrüstung der anderen Staaten waren damals reiflos gegeben:

1. Deutschland hatte abgerüstet. Sie konnten wirklich nicht behaupten, daß ihnen von den militärisch gänzlich ohnmächtig gewordenen Staaten auch nur die geringste Gefahr hätte drohen können. Dafür aber würde eine internationale Abrüstung dem Bestand des Völkerbundes eine so große innere Kraft gegeben haben, daß kein Staat es hätte wagen können, gegen einen der Teilnehmer an dieser kollektiven gemeinsamen Abrüstung etwa nachträglich gewalttätig zu werden. Damals wäre die beste Gelegenheit gewesen, äußere „Versicherungen“ in eine innere „Lai“ zu verwandeln. Und dies um so mehr, als 2. auch politisch alle Voraussetzungen dafür gegeben waren.

denn Deutschland war damals eine Demokratie wie nur je eine. Alles genau kopiert und pflichtgetreu nachgeahmt nach den vorhandenen großen Vorbildern. Nicht der Nationalsozialismus regierte in Deutschland. Selbst der bürgerliche Nationalismus war so gut als verschwunden. Von der Sozialdemokratie über das Zentrum bis zur Demokratie reichte die Spanne der Parteienwelt, die weltanschaulich nicht nur äußerlich der Umwelt gleich, sondern sich mit ihr auch programmatisch verbunden fühlte. Auf was wartete man also damals? Wann konnte je eine bessere Gelegenheit zur Durchführung einer kollektiven Zusammenarbeit kommen, als in der Zeit, da in Deutschland ausschließlich jener politische Geist regierte, der auch der Umwelt die charakteristischen Züge verlieh? Nein! Die Zeit war reif, sie war gegeben, nur der Wille war nicht vorhanden! (Beifall.)

Ich will aber, wenn ich die Vertragsuntreue der anderen Seite des Versailler Vertrages feststelle, mich noch gar nicht darauf berufen, daß sie nicht abgerüstet hat, denn wenn man schon glaubt, der damaligen Zeit Bedenken zugute halten zu können wegen der vertraglich versprochenen Nichtabrüstung, dann wird es aber wohl schwer sein, die Gründe anzuführen, die zu einer immer größeren Aufrüstung Anlaß geben konnten! Dies ist eben evident. Nicht nur nicht abgerüstet haben die anderen Staaten, sondern im Gegenteil ihre Abrüstungen auf das außerordentlichste ergänzt, verbessert und damit erhöht.

Es spielt dabei der Einwand keine Rolle, daß man ja zum Teil eine personelle Beschränkung vorgenommen habe. Denn diese personelle Beschränkung wurde mehr als reichlich wettgemacht durch die technisch planmäßige Verbesserung der modernsten Kriegswaffen. Sie war außerdem jederzeit spielend nachzulegen. Und folgendes muß dabei besonders berücksichtigt werden. Man hat im Verlauf der Abrüstungsverhandlungen später versucht, die Waffen einzuteilen in Waffen, die mehr für die Verteidigung ge-

eignet und in solche, die mehr für den Angriff bestimmt seien. Ich muß hier feststellen, daß von diesen für den Angriff als geeignet festgestellten Waffen Deutschland überhaupt keine mehr besaß. Sie wurden alle reiflos zerstört. Und es muß dann aber weiter festgestellt werden, daß gerade diese für den Angriff geeigneten und bestimmten Waffen von den Partnern des Friedensvertrages in der außerordentlichsten Weise weiter entwickelt, verbessert und vermehrt wurden. Deutschland hatte alle seine Flugzeuge zerstört, und zwar wurde es nicht nur wehrlos an allen Flugzeugen, sondern auch wehrlos an den passiven Mitteln jeder Fliegerabwehr. In derselben Zeit unterließ aber nicht nur die Vernichtung der vorhandenen Flugzeuge der Vertragspartner, nein, im Gegenteil, sie wurden auf das Außerordentlichste weiter entwickelt.

Die Lufrüstungen der andern

Die Schnelligkeit der Jagdflugzeuge, die stieg von etwa 300 Kilometer bei Kriegsende seitdem dank immer neuer Verbesserungen bei den modernsten Typen auf nahezu 400 Kilometer, die Bewaffnung von zwei Maschinengewehren auf 3, 4 und 5 und endlich auf kleine Maschinenkanonen. Die Steighöhe, bei Kriegsende 6000 Meter, auf 9000, 10000 und 11000 Meter. Statt wie Deutschland die vorhandenen Bombenflugzeuge zu zerstören, wurden sie auf das eifrigste verbessert, weiter entwickelt und durch immer größere und vollendetere Typen ersetzt. Die bei Kriegsende vorhandenen Leistungen wurden gewaltig erhöht. Die durchschnittliche Geschwindigkeit von durchschnittlich 500 bis 1000 Kilogramm Tragkraft auf 1000 bis 3000 erhöht. Die Schnelligkeit von damals durchschnittlich 125 bis 160 Kilometer auf 250 bis 280 bei Nachtbomben, auf 350 Kilometern bei Tagbomben verbessert. Die Steighöhe von bei Kriegsende 3000 bis 4000 Meter auf 6000 bis 7000, ja endlich 9000 Meter erhöht. Die Bewaffnung stieg von 2, 3 und 4 Maschinengewehren auf 4, 6, ja 8 Maschinengewehre und endlich bis zu Geschützen. Die Zielapparate wurden ebenso genial verbessert, daß man ganz offen zugab, mit geradezu tödlicher Sicherheit die ins Auge gefassten Objekte vernichten zu können. Der Sturzbomben wurde überhaupt neu entwickelt. Die Sprengwirkung der Bomben wurde seit Kriegsende eine immer gefährlichere, denn durch bessere Vergasung durch neue Erfindungen, der Benutzung der Hochdruckkammern moderner Brandbomben dienen, die, wie man in den technischen Zeitschriften der verschiedensten Luftmarine verifiziert, überhaupt nicht sichtbar sind. Die Zeit- und Richtgeräte dieser Bombenmaschinen wurden dauernd verfeinert und erhöht.

wohl als „letzter Triumph des Abrüstungsgebanten“

verfündet, daß nun ohne Piloten Bomben einfach durch Fernsteuerung auf ihre wehrlosen Objekte angesteuert und abgelassen würden. Die Zahl der Flugzeuge, der Einzahlungen wurde nicht nur nicht vermindert, sondern aber, all vermehrt. Die Kriegsschiffe der Nationen wurden mit Flugzeugen versehen, aber nicht nur, daß den einzelnen Kriegsschiffen Kampf- und Bombenflugzeuge als Begleitwaffen mitgegeben wurden, nein, man schritt zur Konstruktion besonderer gigantischer Flugzeugträger — und das alles im Zeichen der „Abrüstung“ — einer Offensivwaffe! Das alles in Erfüllung der im Friedensvertrag von Versailles vorgeschriebenen Befolgung der von Deutschland vorgenommenen Zerstörung der Flugzeuge!

Deutschland hat entsprechend dem ihm auferlegten Verpflichtungen seine Tanks des Weltkrieges vernichtet. Es hat damit jedenfalls eine „Offensiv-Waffe“ zerstört und abgeschafft. Es wäre die Pflicht der anderen Staaten gewesen, nun ihrerseits mit der Vernichtung ihrer Tanks aber auch zu beginnen. Allein nicht nur, daß diese Vernichtung unterließ, es erfolgte eine dauernde Verbesserung derselben sowohl in bezug auf die Schnelligkeit als auch in bezug auf die Widerstands- und Angriffsfähigkeit. Die Schnelligkeit der Weltkriegstanks von 4 bis 12 Kilometer wurde gesteigert auf 30, 40, 50 Kilometer, ja endlich bis auf 160 Kilometer in der Stunde! Als Deutschland schon längst keine Riete mehr von seinen ehemaligen Tanks besaß, ging Frankreich von den mittleren Typen von 10 bis 14 Tonnen zu

schwereren Typen von 25 bis 30 Tonnen und endlich zu allerhöchsten Typen von rund 90 Tonnen über. Während noch im Feld jeder Tank von einem 13-Millimeter-Protektiv durchgeschlagen werden konnte, wurden die neuen Kriegstanks mit Panzerplatten von 50 bis 60 Millimeter ausgestattet und damit sogar für Geschosse der Feldartillerie unüberwindbar gemacht.

Parallel dieser fürchtbaren passiven Verbesserung dieser Waffen in bezug auf Schnelligkeit, Gewicht, Gasdichte, Schießfähigkeit und Panzerstärke ging eine enorme Entwicklung der Angriffswaffen dieser Kriegsmaschinen vor sich. An Stelle der Maschinengewehre oder des 4- bis 6-Zentimeter-Geschützes und darüber kamen nun Kombinationen; Tanks mit 7,5-Zentimeter-, mit 10-Zentimeter-, mit 15-Zentimeter-Geschützen und darüber sind keine Phantasie, sondern fürchtbare Wirklichkeit geworden.

In derselben Zeit, in der Deutschland seine Tanks zerstört hat und nun auf die Erfüllung der Zerstörung der anderen wartete, haben die anderen mehr als 13.000 neue Tanks gebaut

und zu immer entsehrlicheren Waffen verbessert und vergrößert.

Laut Bestimmung des Versailler Vertrages mußte Deutschland seine gesamte schwere Artillerie vernichten. Auch dies wurde erfüllt. Während aber die deutschen Haubitzen und Mörser mit den Schneidbrennern zerschmettert als Schrott in die Höfen wanderten, unterließ nicht nur die analoge Zerstörung der schweren Artillerie bei den Vertragspartnern, sondern im Gegenteil, es erfolgte auch dort die

selbe konstruktive Weiterentwicklung, Verbesserung und Hervollkommnung. Als es schon längst keine 42-Zentimeter-Mörser mehr gab, erfährt man, daß den französischen Fabriken die Konstruktion einer 64-Zentimeter-Haubitze erfolgreich gelungen war; Ferngeschütze von 60 bis 120 Kilometer Schußweite sind als Neukonstruktion entstanden.

Genial wurde die neue und neueste schwere und schwerste Artillerie in handsame Transport- und Zuglasten geteilt, um ihre Beweglichkeit mit Hilfe von Traktoren und Raupenschleppern auf das Höchste zu steigern. Dies geschah mit einer Waffe, die wirklich sehr offensiven Charakter besitzt und der gegenüber man in Deutschland nicht nur keine Gegenwaffe, sondern nicht einmal die Möglichkeit einer leichten Defensivabwehr besaß.

Gaswaffe:

Deutschland mußte laut Versailler Vertrag als Voraussetzung wieder für die Abrüstung der Vertragspartner seine gesamten Gaswaffen zerstören, und es hat dies treu getan. In den anderen Staaten war man in den chemischen Laboratorien beschäftigt, natürlich nicht, um diese Waffen abzuschaffen, sondern im Gegenteil, um sie unzerstört zu verbessern. In aller Öffentlichkeit wurde von Zeit zu Zeit der Welt die ersaunliche Mitteilung über die gelungene Auffindung eines neuen und noch tödlicheren Gases gegeben, sowie von neuen Gasarten und Bomben zum Verschicken.

U-Boote:

Auch hier hat Deutschland entsprechend den Paragraphen des Versailler Vertrages zur Ermöglichung der internationalen Abrüstung seine Verpflichtungen getreulich erfüllt. Was auch nur einem U-Boot ähnlich sah, wurde von dem U-Boot-Schneidbrenner reiflos zerstört, ausgerüstet und verbessert. Die Umwelt hat aber nicht nur nicht sein Beispiel befolgt, nein, sie hat nicht einmal ihre Kriegsbekände bewahrt, sondern im Gegenteil, sie dauernd ergänzt, verbessert und vermehrt. Die Steigerung des Displacementes ging endlich bis 3000-Tonnen-Boote, die Verstärkung der Armierung bis zu 20-Zentimeter-Kanonen. Die Zahl der Torpedoboote wurde pro Boot verdoppelt, ihre Kaliberstärke erhöht, der Torpedo selbst in seine Laufweite und Sprengwirkung gesteigert. Der Aktionsradius dieser U-Boote nahm gegenüber den Leistungen des Krieges noch gewaltig zu. Die Tauchtiefe wurde weitergestreckt, die Scheinrichtungen genial vervollkommen.

Dies war der Beitrag der Abrüstung von seiten der Staaten, die sich im Versailler Vertrag mitverpflichtet hatten, auch ihrerseits dem deutschen Beispiel zu folgen und damit die U-Boote zu zerstören. Dies sind nur einzelne Tatsachen. Sie stehen sich nach jeder Richtung hin beliebig ergänzen und vervollständigen.

Sie sind insgesamt der jederzeit dokumentarisch zu belegenden Beweis, daß man entgegen den Verpflichtungen des Versailler Vertrages nicht nur der Abrüstung nicht folgte, sondern im Gegenteil eine dauernde Vermehrung und Verbesserung hochwertigster Kriegsmaschinen vornahm. Man tat also das, was nicht nur den Absichten des Präsidenten Wilson, sondern auch nach den Auffassungen prominenter Vertreter der anderen Seite der unterzeichneten Verpflichtungen des Versailler Vertrages gerade entgegengesetzt war. Wenn dies nicht ein eklatanter Vertragsbruch, und zwar einseitiger Vertragsbruch ist, nachdem der andere Partner seine Verpflichtungen reiflos erfüllt hatte, wird es schwer einzusehen sein, was in Zukunft die Unterzeichnung von Verträgen überhaupt noch für einen Sinn haben kann. (Beifall.)

Nein! Es gibt dafür keine Beschönigung und keine Ausrede!

Denn Deutschland war wirklich alles andere eher als in seiner vollständigen Wehr- und Waffenlosigkeit eine Gefahr für die anderen Staaten. Trotz jahrelangen vergeblichem Warten auf die Vertragserfüllung der anderen Seite war Deutschland aber auch weiterhin bereit, seine Hände zu einem wirklichen kollektiven Zusammenarbeiten nicht zu verweigern. Der englische Vorstoßgebende Ritter Eden meint, daß die Bereitwilligkeit zur Feststellung einer Parität in der ziffermäßigen Festlegung der Wehrkräfte überall anzutreffen gewesen sei. Dann ist es aber um so bedauerlicher, daß man daraus nicht praktische Konsequenzen zog. Es war nicht Deutschland, das den Plan einer

Advertisement for "nettes Bild" (nice picture) featuring a woman's face and text about clothing and fabrics.

